Nummer 2 Berlin, 9. Januar 1932 50. Jahrgang

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis monatlich 50 Pf., Einzelnummer 15 Pf.
Postscheckkonto der Hauptkasse des DMV, Berlin Nr. 138262
Postscheckkonto der Verlagsgesellschaft des DMV, Berlin Nr. 121218

Verantwortlicher Schriftleiter Fritz Kummer
Schriftleitung und Versandstelle Berlin SW68, Alte Jakobstraße 148
Fernsprecher A 7 Dönhoff 6750–6753

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
Schriftsätze ohne Freiumschlag werden nicht zurückgesandt
Eingetragen in der Reichspostzeitungsliste

Das Jahr der Weltkrise

Wie sie entstand und verschlimmert wurde

Am Ende des Jahres 1931 steht man vor der entsetzlichen Tatsache, daß mindestens 25 Millionen Menschen keine Beschäftigung finden können und bitterster Not ausgesetzt sind. Von der Verelendung werden mit der Arbeiterklasse wachsende Teile des Mittelstandes und der Bauernschaft heimgesucht. Dieser Zustand ist heute, wenn auch mit Unterschied, in allen Ländern vorhanden.

Wie kam es zu dieser beispiellosen Krise, von der noch niemand sagen kann, daß sie ihren Höhepunkt erreicht hat? Als ihr Ausgangspunkt sind die Agrarländer zu bezeichnen, die ihre Kaufkraft einbüßten und dadurch einen Ausfall des Absatzes auf dem Weltmarkte herbeiführten. Die Wirkungen bekamen zuerst die Vereinigten Staaten und Deutschland zu spüren, deren Fertigwarenindustrien wegen der wachsenden Absatzschwierigkeiten zu einer langsamen Einschränkung gezwungen wurden. Daraus ergab sich erneuter Absatzausfall auf dem Weltmarkt mit dem immer verheerender sich auswirkenden Ergebnis eines scharfen Preissturzes, der den Schrumpfungsprozeß in der gesamten Weltwirtschaft beschleunigte.

Die Verringerung der Absatzfläche drosselte die Produktion insbesondere Englands, Japans, Polens, der Tschechoslowakei, Österreichs, Griechenlands und bewirkte, daß die rohstofferzeugenden Länder, und zwar sowohl die Agrarstaaten als auch die industrielle Rohstoffe und Halbfabrikate erzeugenden Länder mit in den Strudel der Weltwirtschaftskrise hineingerissen wurden. Ägypten, Uruguay, Südamerika, Indien, Finnland als wichtige Rohstofferzeuger wurden durch den unaufhaltsamen Preissturz auf dem Weltmarkt, der eine Folge unverändert großen Angebotes, aber immer stärker zurückgehender Nachfrage war, in ihrer eigenen Kaufkraft so schwer getroffen, daß schließlich — nachdem das Heer der Arbeitslosen in der ganzen Welt ungeheuer angeschwollen war — auch die Lebensmittel erzeugenden Länder die Weltwirtschaftskrise zu fühlen bekamen.

Bis zur Mitte des Jahres 1931 waren bloß noch einige Ostseestaaten, Belgien, Frankreich, die Schweiz, Holland und Skandinavien von der Krise relativ wenig betroffen. Aber bald sollte sich das Bild vollkommen ändern. Die Absatzstörungen in der ganzen Welt und der starke Preisfall führten dazu, daß die Außenhandelsbilanzen und damit zugleich die Zahlungsbilanzen der Länder außerordentlich schrumpften. Die Unsicherheit wurde immer größer, so daß es nur eines geringfügigen Anstoßes bedurfte, um den wichtigsten Bestandteil der kapitalistischen Wirtschaft, das Kreditsystem, zum Zusammensturz zu bringen.

Die Kreditkrise nahm ihren Ausgang in Mitteleuropa, sprang von Österreich sehr rasch auf Deutschland über und hatte damit eines der wichtigsten kapitalistischen Länder erfaßt.

Die Kapitalisten der ganzen Welt beantworteten die Unsicherheit der deutschen Kreditbasis mit der Rückziehung der nach Mitteleuropa gegebenen Kredite. Es zeigte sich, daß die sowohl nach Deutschland als auch nach Österreich überwiegend kurzfristig gegebenen Kredite „eingefroren" waren und nicht zurückgezahlt werden konnten. England als größter Ausleiher kurzfristiger Kredite war das nächste Land, das von der Kreditkrise ergriffen wurde. Während jedoch Deutschland und Österreich — wenn auch unter schwersten Opfern — ihre Währungen aufrechterhalten konnten, löste sich England vom Goldstandard und eröffnete damit eine weitere entscheidende Krisensituation, die durch die Zerrüttung der Währungen gekennzeichnet ist.

Verschärft wurde die Gesamtlage jedoch nicht allein durch die Kredit- und Währungskrise, sondern in beinahe noch stärkerem Maße durch das Bestreben der einzelnen Länder, den heimischen Absatzmarkt, der bereits stark zusammengeschrumpft war, möglichst vor der Konkurrenz des Weltmarktes zu bewahren. Im Laufe des Jahres 1930 ging eine Reihe von Ländern dazu über, durch die Schaffung von Außenhandelsmonopolen oder sonstige staatliche Eingriffe in die Ein- und Ausfuhr ihr Land vom Weltmarkt abzuschließen.

Ebenso schwerwiegend in ihrer Wirkung waren die Zollmaßnahmen, die in diesem Jahre des Krisenhöhepunktes durchgeführt wurden. Gerade hier auf dem Gebiete der handelspolitischen Maßnahmen erwies sich das Vorgehen der britischen Regierung besonders schwerwiegend, da ihre sogenannte Antidumping-Zollgesetzgebung mit Vergeltungsmaßnahmen beantwortet wurde. Zum Schutze gegenüber der durch die Preisgabe des Goldstandard gestiegenen Konkurrenzfähigkeit der englischen Industrie führten Frankreich, die Niederlande, Indien, Uruguay, Belgien, China, Schweden, Japan, Jugoslawien, Griechenland, die Türkei und die Vereinigten Staaten neue Zollerhöhungen durch.

Der Wunsch nach Schutz und das Bestreben, den heimischen Industrien die an sich schon durch Krise und Kaufkraftschrumpfung eingeengten Produktionsmöglichkeiten zu erhalten, vernichteten schlagartig alle die weltwirtschaftlichen Verbindungen, die mühsam aufgebaut worden waren.

Die Aufhebung des Goldstandardes in Großbritannien verschlechterte aufs neue die Währungssituation in Portugal, Australien, Neuseeland und Britisch-Indien, ganz abgesehen davon, daß Dänemark, Schweden und Norwegen sowie Kanada, Finnland, Ägypten und Bolivien durch die Preisgabe des Goldstandards ihre Währungen automatisch etwa im gleichen Umfange wie das englische Pfund mit entwerten ließen.

Dieses von wichtigen Teilgebieten der Gesamtwirtschaft gewonnene Bild ist trostloser kaum noch vorstellbar. Die Verworrenheit und die Zerrüttung, die in mehr oder minder starkem Ausmaß alle Länder erfaßt hat, läßt zudem wenig Hoffnung, daß in absehbarer Zeit eine Erleichterung der Lage eintreten kann. Darüber hinaus aber hat das Jahr 1931 wie kein einziges vorher gezeigt, daß kapitalistische Wirtschaft vollkommen außerstande ist, seine Produktion, sein Kreditsystem, seine Währungen zu meistern. Am Ende des Jahres 1931 stand die Erkenntnis, daß die kapitalistischen Wirtschaftsführer restlos versagt haben!

Das Endergebnis ist, daß rund 100 Millionen Menschen direkt oder indirekt durch die Arbeitslosigkeit betroffen sind. Keine Tatsache vermag deutlicher die Notwendigkeit zu erhärten, daß es einen Ausweg aus dieser Krise nur gibt, wenn die zum Chaos und zur Anarchie führende kapitalistische Wirtschaft beseitigt und durch eine auf planmäßige Bedarfsdeckung gerichtete Wirtschaft ersetzt wird. Allerdings scheinen die Aussichten für die Erlangung dieses Zieles ungünstiger als je zu sein, weil es die Kapitalisten, die auf ihrem ureigensten Gebiet der Wirtschaftslenkung und Wirtschaftsführung restlos versagt haben, zu erreichen vermochten, daß mit der Weltwirtschaftskrise eine Welle der Sozialreaktion gegen die Arbeiterklasse vorgetragen wurde, wie sie die Arbeiterklasse für unmöglich gehalten hat.

Die Arbeiterklasse muß aus dieser Krise ihre Lehre ziehen und erkennen, daß nur feste Geschlossenheit die Möglichkeit bietet, das versagende kapitalistische System zu überwinden und die Wiederholung einer derartig vernichtenden Wirtschaftskrise zu verhindern. Nur Geschlossenheit auf der ganzen Linie vermag auch die Durchführung eines großen internationalen Arbeitsbeschaffungsprogramms zu erzwingen, wie es der Internationale Gewerkschaftsbund als Ausweg aus der Krise verlangt. Eine solche Aktion wäre in der Lage, Not und Elend zu überwinden und den Menschen wieder Arbeit und Brot zu geben.

Preisermäßigung — Lohnsenkung

Vor kurzem haben wir an dieser Stelle die inneren Zusammenhänge aufgezeigt, nach denen sich der sogenannte „Preisabbau" richtet. Wer den Kapitalismus erhalten will — so war der Sinn unserer Ausführungen —, der muß den Anteil der Arbeiterschaft am Produktionsertrage verkleinern, wobei es nichts ausmacht, ob er sich dessen bewußt ist oder nicht. Deshalb ist es von vornherein unmöglich, daß die Preise des proletarischen Lebensunterhalts ebenso stark gesenkt werden wie die Arbeitslöhne; denn das würde den Sinn und Zweck der ganzen Aktion vereiteln, der eben gerade darin besteht, den Reallohn zu senken. Für die Rettung des Kapitalismus genügt es nicht, den Arbeitern weniger Geld zu geben, vielmehr kommt es gerade darauf an, daß sie für den Lohn weniger Waren bekommen.

Wer das aufmerksam gelesen hat, wird sich über die inzwischen eingetretenen Ereignisse nicht wundern. Der Reichspräsident hat am 8. Dezember eine Notverordnung erlassen, welche die Löhne und Gehälter sämtlicher deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten in einer ganz klaren und unmißverständlichen Weise gewaltig herabsetzt. Bis auf den Stand, den sie am 10. Januar 1927 hatten. (Es sei denn, sie stehen jetzt um mehr als 10 vH höher als damals. In diesem Fall werden sie „nur" um 10 vH gekürzt.) Aber diese Bestimmung steht erst im 6. Teil der Verordnung, und die vorangehenden fünf Teile umfassen nicht weniger als 23 lange Kapitel mit vielen, vielen Paragraphen. Erst im 24. Kapitel also ist die Rede von der Lohnsenkung, während das erste Kapitel die dicke Überschrift trägt: **„Preis- und Zinssenkung"**. 23 Kapitel lang wimmelt es da von Ermäßigung der Preise, Schutz gegen Überteuerung, Zinssenkung, Mietsenkung, Steuerermäßigung usw., und dann erst kommt die Lohnsenkung. Hier ist demnach gewiß alles Erdenkliche getan worden, um nicht die Löhne allein, sondern gleichzeitig auch die Kosten des Lebensunterhalts herabzusetzen. Ja noch mehr, es ist ein besonderer „Reichskommissar" ernannt worden, dessen Amt es ist, dafür zu sorgen, daß die Vorschriften über Preisermäßigung auch wirklich befolgt werden. Man sieht, was in ihrer Macht steht, hat die Regierung getan, um das Wort des Herrn Brüning wahrzumachen: Die Senkung der Produktionskosten solle nicht mehr „einseitig nur zu Lasten des Arbeitslohns" erfolgen.

Zweifellos hat die Regierung damit — wie es in der bürgerlichen Presse heißt — einen großen „psychologischen" Erfolg erzielt. Was ist das? Solche unverständlichen Fremdworte geben immer Grund zum Mißtrauen. Und in der Tat, es heißt weiter nichts, als daß nun in der Öffentlichkeit endlos von den bevorstehenden, zum Teil sogar schon vollzogenen Preisermäßigungen die Rede ist, während daneben die Lohnsenkungen fast vergessen werden. Sogar unter den unmittelbar Betroffenen, den Arbeitern, wird manch einer glauben, durch diese neueste Entwicklung der Dinge seien wir widerlegt. Miete hat er ab 1. Januar weniger zu zahlen, die Straßenbahn ist billiger geworden, viele Kaufleute haben ihre Preise sogar schon zu Weihnachten herabgesetzt, die anderen müssen es ab 1. Januar ebenfalls tun — sollte das nicht genügen, um die bevorstehende Lohnsenkung mindestens auszugleichen?

Wir können das ziemlich genau ausrechnen, weil sich das Statistische Reichsamt der dankenswerten Mühe unterzogen hat, zu ermitteln, wieviel die Lohnsenkung ausmacht. Da liegen die Dinge folgendermaßen:

Was zunächst die Preise anbelangt, so bestimmt die Notverordnung nicht unterschiedslos die Senkung aller Preise, sondern nur für die durch Kartelle usw. gebundenen Preise, für die Markenwaren, für Kohle und Kali und für „lebenswichtige Gegenstände des täglichen Bedarfs". Unsere Leser wissen aus jahrelanger Erfahrung, daß sich in so verklausulierten Bestimmungen, wenn man sich darein versenkt, eine Menge Fußangeln zu finden pflegen. Und überdies wird in derselben Notverordnung die Umsatzsteuer mehr als verdoppelt, was — um es milde auszudrücken — den Fall der Preise allerwenigstens einigermaßen behindern dürfte. Aber lassen wir das. Nehmen wir an, es komme alles so zur Durchführung, wie es da steht, und mit Markenwaren, Kohle, lebenswichtigen Bedarfsgegenständen, sei auch gerade der Arbeiterhaushalt in erster Reihe berücksichtigt.

Selbst dann beträgt die Preissenkung nicht mehr als 10 vH gegenüber dem 30. Juni 1931. Mit anderen Worten: Waren, deren Preise inzwischen schon gesunken sind, werden um so viel weniger oder auch gar nicht verbilligt. In der Tat hat schon in der ersten Hälfte des Dezember die Organisation der Einzelhändler öffentlich erklärt, bei ihnen sei für den Preiskommissar nichts zu holen, denn ihre Preise seien schon so stark zurückgegangen, daß nichts mehr verbilligt werden könne. Es ist demnach kaum anzunehmen, daß auch nur die erhofften 10 vH Verbilligung des Lebensunterhalts erreicht werden.

Dagegen ist für die Tariflöhne die Senkung um mindestens 10 vH ganz klar und unzweideutig angeordnet. Sogar noch mehr, weil sie auf den Stand vom 10. Januar 1927 herabgedrückt werden sollen. Es ist ausdücklich angeordnet, daß die Lohnsenkung bis zu 15 vH gehen soll. In der Praxis dürften in allen Fällen mehr als 10 vH herauskommen. Das Statistische Reichsamt hat sofort, schon am 16. Dezember, das praktische Ausmaß der Tariflohnsenkung ausgerechnet. Dabei ergab sich für die Metallarbeiter (deren Tariflöhne „nur" um 10 vH gesenkt werden):

	Tarifliche Stundenlöhne der männlichen Facharbeiter	der männlichen Hilfsarbeiter
November/Dezember 1931	88,8	71,4 Pf.
zu kürzen 10 vH	8,9	7,1 Pf.
ab 1. Januar 1932	79,9	64,3 Pf.
am 30. Juni 1931 betrug der Stundenlohn	90,6	72,6 Pf.
mithin beträgt die Kürzung seit dem 30. Juni	10,7	8,3 Pf.
das sind	11,8 vH	11,4 vH

Also ohne zu berücksichtigen, daß die Tariflöhne noch wenig besagen für das wirkliche Einkommen des Arbeiters, daß somit die tatsächliche Einkommensminderung noch größer sein kann — ohne zu berücksichtigen, daß die Preise aus den oben angedeuteten Gründen ganz sicher nicht um volle 10 vH ermäßigt werden —, schon diese Rechnung, die alles so günstig wie nur möglich für die Taten der Regierung annimmt, ergibt, daß die Löhne um 1½ bis 2 vH mehr als die Preise sinken werden.

In vier Wochen werden wir sehen, wie die Dinge in der Praxis gelaufen sind.

Ibykus.

Aus dem Inhalt

Seite
Das Jahr der Weltkrise — Preisermäßigung — Lohnsenkung 7
Lokomotivführer betreiben selbst die Bahn 8
Kalender-Reform — Das Leben der Marie Szameitat 9
Aufschub der Betriebsräteneuwahlen für ein Jahr — Doppelwochen und Kurzarbeiter-Unterstützung — Vom Vorstand 10
II. Tagung des Reichsbeirates der Betriebsräte und Konzernvertreter — Schriftenschau 11

Tiefenlage der deutschen Wirtschaft

Über die deutsche Wirtschaft ließen sich noch lange Ausführungen machen. Treffend hat die Frankfurter Zeitung (Reichsausgabe 958-960) die Folgen der Wirtschaftskrise zusammenfassend gezeichnet: „Unsere industrielle Produktion ist auf den Stand der Jahrhundertwende zurückgeworfen. 17 000 Unternehmungen sind allein im letzten Jahre durch Konkurs zerstört. Fünf Millionen Arbeiter und Angestellte sind nach diesem schmerzhaften Umstellungs- und Anpassungsprozeß aus der Produktion ausgestoßen und haben zur Zeit keine Aussicht auf Wiedereinschaltung. Die Zahl mag in den nächsten Monaten auf etwa sechs Millionen ansteigen. Die Arbeitslosigkeit hat ganz neue Schichten erfaßt; auch bei den Angestellten ist sie jetzt erstmals rapide gewachsen. Am schlimmsten ergeht es der Industriearbeiterschaft, bei der von 10½ Millionen mehr als ein Drittel zum Feiern gezwungen ist; in einzelnen Zweigen (Wohnungsbau) ist der Anteil noch erheblich höher. Die Einkommen sind rapide gesunken. Auch bei den Beamten ist jetzt Schmalhans Küchenmeister. Wenn das Institut für Konjunkturforschung für 1931 noch ein Volkseinkommen von 50 bis 60 gegen 68 bis 70 im Jahre 1930 und 76 Milliarden Mark im Jahre 1929 errechnet, so gilt das eben nur für das ganze Jahr mit seiner ersten, besseren Hälfte, nicht für den jetzigen Stand. Im Grunde ist es auch nicht einmal so sehr die durchschnittliche Einkommensminderung, sondern die Tatsache, daß riesige Menschenmassen überhaupt nichts mehr selbst verdienen und daß das Schreckgespenst der Arbeitslosigkeit fast über jedermann und über eines jeden Umgebung schwebt, was die Menschen zermürbt, die Charaktere zerstört, die Urteilskraft trübt und was die Millionen ins radikale Lager treibt, woraus nur neue Gefahren für die Wirtschaft entstehen. Es ist höchste Zeit, daß dieser fürchterlichen Nachkriegskrise, die zwar (wie jede Krise) nicht ohne wirtschaftserzieherische Nebenwirkungen ist, die sich aber darüber hinaus zu einer Gefahr für die ganze Menschheit auszuwachsen droht, Einhalt geboten wird."

Dem noch etwas hinzuzufügen, wird sich erübrigen. Überdies schwindet die Neigung, den leidenden Menschen ihr Elend immer wieder vor Augen zu führen.

Das hätten wir zu erwarten!

Was wir zu erwarten haben, wenn der Faschismus auch in Deutschland einmal siegen würde, das zeigen uns die Beispiele aus Italien. Wie die freien Verbände der Arbeiter zur Wahrung ihrer Rechte nicht möglich sein würden, so würde der Sieg des Faschismus auch einen völligen Zusammenbruch des Genossenschaftsgedankens bedeuten.

Einen Beweis hierfür bietet uns ein Bericht über die genossenschaftliche Presse in Italien, den wir in der Zeitschrift Zeitungswissenschaft finden. Überall haben die Genossenschaften in demokratisch regierten Ländern die freie Entwicklungsmöglichkeit. Nur nicht in Italien.

Da versuchte das älteste Genossenschaftsblatt Italiens, La Cooperazione Italiana, dem Faschismus zum Trotz als Nr. 1702 des 41. Jahrgangs wieder zu erscheinen. Aber es ging sofort ein. 1701 Nummern des Blattes konnten im vorfaschistischen Italien herauskommen. Das Erscheinen der 1702. Nummer war im gelobten Lande der Freiheit nicht möglich.

Allerdings gab es kein direktes Verbot. Nach außen hin muß man doch sagen können, daß Verbote gar nicht notwendig sind. Und das glauben denn auch viele naive Menschen. Man macht es dann so: die Zeitschrift kommt in die schwarze Liste. Das heißt, wer sie liest, hat Unannehmlichkeiten zu befürchten. Auch inhaltlich darf sie nicht so erscheinen, wie sie will. Wirtschaftliche Dinge durfte diese Genossenschaftszeitschrift nicht behandeln. Also: erscheinen durfte sie wohl, doch ohne Inhalt und ohne Leser. Das ist faschistische Freiheit. Muß es nicht jeden anständigen Menschen empören, daß derlei heute noch möglich ist? Muß es nicht jeden freiheitfühlenden Menschen veranlassen, alles zu tun, um diese Kulturgefahr niederzuhalten, zurückzudrängen, zu unterdrücken?

55 Pfennig Lohn für einen Schwerstarbeiter

Die Lohnsenkungsmaschine, die durch die Notverordnung in Bewegung gesetzt wurde, verrichtet schlimme Arbeit. Überall werden die Löhne von Anfang 1927 wieder eingeführt. In der westdeutschen Schwerindustrie ist bereits ein Schiedsspruch über die neuen Löhne gefällt worden. Ab 1. Januar 1932 erhält der über 21 Jahre alte Facharbeiter 70 (bisher 75) Pfennig, und der über 21 Jahre alte Hilfsarbeiter 55 (60) Pfennig je Stunde. Außerdem wird noch die bisherige 15prozentige Akkordsicherung auf 10 vH gesenkt. In der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie muß harte Arbeit geleistet werden. Für diese harte Arbeit bekommt ein erwachsener Arbeiter 55 Pfennig je Stunde. Er erreicht also bei 48stündiger Arbeitszeit einen Wochenlohn von 26,40 M. Hiervon gehen die sozialen Beiträge ab, so daß etwa 24 M verbleiben. Diese Summe bildet den Lebensspielraum für eine Arbeiterfamilie. Dafür hat der Ernährer in glühender Hitze, in zugigen Räumen und teilweise unter harten Bedingungen schwer zu arbeiten. Dieses Beispiel beweist, daß der Lebensstandard des deutschen Arbeiters heute auf eine Tiefe gedrückt wurde, die recht nahe an der Hungergrenze liegt. Wäre die deutsche Arbeiterklasse einig, dann wäre es zu einem derartigen Zustand nicht gekommen.

Linderungsmaßnahme der Arbeitslosigkeit

Der stellvertretende Landrat des Landkreises Mettmann bei Düsseldorf hat einen Versuch gemacht, Wohlfahrtserwerbslose wieder in den Produktionsprozeß einzuschalten. Die Unternehmer müssen sich vertraglich verpflichten, über die Zahl ihrer bisherigen Belegschaft hinaus Wohlfahrtserwerbslose als Kurzarbeiter einzustellen. Demgegenüber verpflichtet sich der Kreis, den Unternehmern die Unterstützung, die die Wohlfahrtserwerbslosen sonst erhielten, zur Verfügung zu stellen. Der Unternehmer muß sich verpflichten, die auf Grund dieser Maßnahme eingestellten Arbeitslosen mindestens 32 Stunden in der Woche zu beschäftigen. Die eingestellten Wohlfahrtserwerbslosen erhalten durch diese Maßnahme einen Mehrverdienst von 35 M im Monat. Überdies werden sie nach 26wöchiger Beschäftigung wieder bezugsberechtigt bei der Arbeitslosenversicherung.

Wie sie sich bereicherten

Die Moral einiger kapitalistischer Wirtschaftsführer kommt drastisch in dem Prozeß um den Frankfurter Versicherungskonzern zum Ausdruck. Im Jahre 1928 hatten die Direktoren der Favag folgendes Einkommen: Duncke 350 000 M, Becker 175 000 M, Lindner 195 000 M, Schuhmacher 175 000 M. Daneben werden noch 2,9 Millionen M Sondervergütungen an diese saubere Gesellschaft ausgeschüttet. Davon erhielt: Becker 919 000 M, Duncke 759 000 M, Sauerbrey 525 000 M und Mädje 417 000 M. An ein halbes Dutzend Personen wurden also Summen ausgeschüttet, für die ein ganzes Heer von Arbeitern und Angestellten ein Jahr lang arbeiten muß. Auch diese Herren Direktoren haben sich ehedem zu den Blüten der Wirtschaft gerechnet. Ihre Devise war: bereichert euch!

Lokomotivführer betreiben selbst die Bahn

Oft und oft werde ich gebeten, einmal die Finanzwirtschaft zu erläutern. Ich kann das nicht. Das zu kapieren, ist viel zu verzwickt. Dafür werde ich eine Geschichte erzählen, die sich in einem Lande, Boobia genannt, zutrug.

Die Menschen aus Boobia waren sehr klug und sehr fleißig, bei allen Dingen stellten sie sich sehr geschickt an. Auf ihre Eisenbahnverwaltung waren sie ganz besonders stolz. Und die meisten von ihnen waren auch an der Eisenbahn beschäftigt.

Es gab eine Zeit, wo diese Eisenbahn wegen ihrer schönen Lokomotiven, ihrer bequemen Wagen, ihrer ansehnlichen Bahnstationen und ihrer ständigen Verbesserung von aller Welt beneidet wurde. Gewisse Direktoren wollten dann aber mehr Geld für sich herausschlagen. Da sie es nicht wagen konnten, ohne weiteres die Fahrpreise zu erhöhen, kamen sie auf den Gedanken, die Fahrkartenausgabe einzuschränken.

Die Leute in Boobia suchte man davon zu überzeugen, daß das Drucken der Fahrkarten sehr kostspielig sei. So wurde angefangen, das Drucken der Fahrkarten einzuschränken. Die Folge war, daß es immer mehr reiselustige Menschen als Fahrkarten gab. Und in den Zeitungen standen jeden Tag Artikel, die lang und breit darlegten, daß die Fahrkartenkrise sehr ernsthaft und eine scharfe Kontrolle der Eisenbahn nötig sei. Sehr bald wurde die Fahrkartenkrise der Hauptgegenstand der Zeitungen. Man redete so viel darüber, daß die Menschen sich zu guter Letzt einbildeten, die Fahrkarten wären wichtiger als die Eisenbahn, und daß es weit schwieriger sei, ein Billett zu drucken, als eine Lokomotive zu bauen oder einen Zug zu führen.

Diese Meinung ausnutzend, entschlossen sich die Direktoren der Bahn, aus öffentlichem Interesse natürlich, der Bahnverwaltung die schwere Aufgabe des Fahrkartenherstellens abzunehmen, und sie selbst übernahmen die Arbeit. Die Leute aber sahen mit Ehrfurcht zu ihnen auf. Der Eisenbahndienst wurde von Tag zu Tag schlechter. Der Mann aber, der die Fahrkarteneinschränkung angeregt hatte, wurde überall bewundert, und ihm allein traute man eine Verbesserung des Eisenbahnsystems zu.

Den Leuten aus Boobia erzählte man, die Eisenbahn lebte über ihre Karteneinnahmen hinaus, und die einzige Möglichkeit, den Eisenbahndienst zu verbessern, wäre der, das Reisen einzuschränken.

Die Fahrkarten wurden weiterhin knapp gehalten. Für gewisse Stationen druckte man nur eine. Wenn irgend jemand nun gerade zu einer solchen Station wollte, wurde ihm mitgeteilt, daß dies unmöglich sei, für diese Station gäbe es keine Karten. Die Boobianer sagten sich: „Natürlich, wenn es keine Karten gibt, kann man auch nicht fahren." Der Schalter wurde geschlossen.

Allein, hin und wieder fand es einer doch für zu lächerlich, wegen kleiner Stückchen bedruckter Pappe das Eisenbahnunternehmen aufzuhalten. Man fand diese Erklärung jedoch für zu einfach, und es wurde diesen Leuten gesagt, den Mund zu halten. Übrigens hatten die Billettmacher eine verzwickte Sprache mit vielen Fremdwörtern eingeführt, die niemand verstand, so daß man glauben mußte, das Drucken von Fahrkarten sei tatsächlich eine recht schwierige Arbeit.

Tagtäglich veröffentlichten die Billettmacher in den Zeitungen Aufsätze, worin das Auf und Nieder des Fahrkartenmarktes beschrieben wurde. Es wurde die steigende Ausgabe und die unsichtbare Ausfuhr von Fahrkarten erörtert, und auch die Amortisation und der Austausch von Pappkarten im Auslande, von ihrer Placierung, den Placierungsgebühren, Pappvorräten, der Verschiffung wurde gesprochen, und ob die Eisenbahn bei dem Pappestandard bleiben oder davon abgehen sollte.

Wenn irgendeiner eine Frage über die Eisenbahn stellte, so antwortete ihm ein Pappkartenfachmann in der Fahrkartensprache, die der Frager nicht verstand. Damit war die Frage abgetan. Denn niemand liebte es, zuzugeben, daß er die Sprache nicht verstände. Überdies meinten die Boobianer, daß ein jeder, der diese Sprache redet, außerordentlich geschickt wäre, und daß er bereit sei, zu tun, was er sage.

Immer mehr Eisenbahnarbeiter wurden entlassen. Immer weniger Züge fuhren. Es sah überhaupt so aus, als ob bald gar keine Eisenbahn mehr fahren würde. Sicher würde es auch so gekommen sein, wenn nicht William Bloggs eine Entdeckung gemacht hätte.

William Bloggs war Lokomotivführer. Als er die Arbeit einstellen mußte, ging er täglich zu seiner Lokomotive, sah sie traurig an und wünschte, wieder mit ihr fahren zu können. Schließlich hörte er von einem Fußballspiel, zu dem er gehen wollte, aber es war zu weit. Und als er wie gewöhnlich seine Lokomotive betrachtete, kam ihm ein Gedanke. Da nirgends ein Direktor zu sehen war, setzte er sich auf die Lokomotive, heizte ein. Dann rief er die Heizer, die Schaffner, die Gepäckträger und die anderen Entlassenen und fragte sie, ob sie mitkommen wollten. Sie stiegen alle ein, und fort ging es.

Auf dem Heimwege sagte William Bloggs zu den Leuten: „Wir sind ohne Fahrkarten gefahren." Seine Gefährten sagten: „Ja, das haben wir gemacht." Einer der sehr nervös war, meinte: „Und was wird jetzt geschehen?" William Bloggs aber entgegnete: „Wir werden ja sehen, laßt uns warten." Und damit waren alle einverstanden.

Als sich die verblüffende Tatsache herumgesprochen hatte, daß man einen Eisenbahnzug ohne Fahrkartensystem in Bewegung bringen konnte, setzten sich die anderen Eisenbahnarbeiter auch wieder auf ihre Züge, und massenhaft kamen Leute, die wieder fahren wollten. Da die Fahrkarten in den Banken eingeschlossen waren, machten sich die Eisenbahner welche aus Papier und verkauften sie jedem, der fahren wollte. Den Eisenbahnern ging das Fahrkartenmachen sehr leicht, weil sie keinerlei Billettsprache kannten.

Die Regierung gebot Einhalt. Sie sagte: „Das ist ja Revolution!" Das Volk war darüber sehr bestürzt, denn es hatte immer sagen hören, daß Revolution gleichbedeutend sei mit Zerstörung durch die Arbeiter. Aber hier war davon doch keine Rede. Denn die Arbeiter gingen sehr sorgfältig mit der Eisenbahn um, ja sie gaben den Lokomotiven sogar Kosenamen wie „Altes Mädchen" oder „Schnucki" und zierten sie mit roten Fähnchen.

Das aber kümmerte die Regierung nicht. Sie rief die Polizei zu Hilfe. Doch als die Polizei ihre befehlende Hand ausstreckte, hielten die Züge nicht. Und wenn sie in den Bahnhöfen erschien, um die Lokomotivführer zu verhaften, wurde sie von den Leuten, die sich Fahrkarten gekauft hatten, schwer beschimpft. Da Polizisten nicht lieben, sich unbeliebt zu machen, gingen sie von dannen. So alarmierte die Regierung Militär. Aber die Soldaten sagten sich, daß es ganz gut sei, wieder eine richtige Fahrgelegenheit zu haben, um zu den Mädchen zu fahren.

Auf diese Weise war das Bahnwesen Boobias bald wieder so gut in Gang, als es früher gewesen war. Und da es von den Arbeitern betrieben wurde, gab es keine Schwierigkeit mit den Fahrkarten mehr, weil die Arbeiter ja nur daran interessiert sind, daß Bahn und Wirtschaft laufen.

(Yaffle im New Leader.)

Die Eisenstadt feiert

Nun liegen sie brach, die Werksgebäude drüben im Gelände dicht vor der Stadt. Dreißig Jahre hat hier menschliche Arbeit ungeheure wirtschaftliche Werte erzielt. Ein großer Eisenkonzern war der eigentliche Nutznießer. Anfangs zwar, als die Werke erbaut wurden, freuten sich auch die Menschen, die dort wohnten, weil nun eine ganze Anzahl von ihnen in nächster Nähe Arbeit und Brot erhielt. Die Werke entwickelten sich auch von Anfang an gut, ihr Betrieb wurde ausgedehnt und die Zahl der Beschäftigten nahm stetig zu.

Nun aber ist das vorbei, die Eisenwerke liegen still! Nicht mehr klingt das hohe Lied der Arbeit, das stampfende Maschinen, rollende Räder, stürzende Stahlblöcke, klingendes Eisen, zischende Dampfröhren und Kommandorufe der Aufsichtsbeamten sangen. Unheimliche Ruhe herrscht hinter den eisenumrahmten Fenstern, die viele zerbrochene Scheiben aufweisen und deren Glasreste blind sind von Staub und Dreck. Die Tore sind verschlossen und Unkraut und Gras beginnen sich unter den Flügeln derselben hindurch in das Hofinnere zu drängen wie neugierig darauf, was es wohl mit der sonderbaren Stille da drinnen auf sich hätte, wo früher so reges Leben und Treiben herrschte.

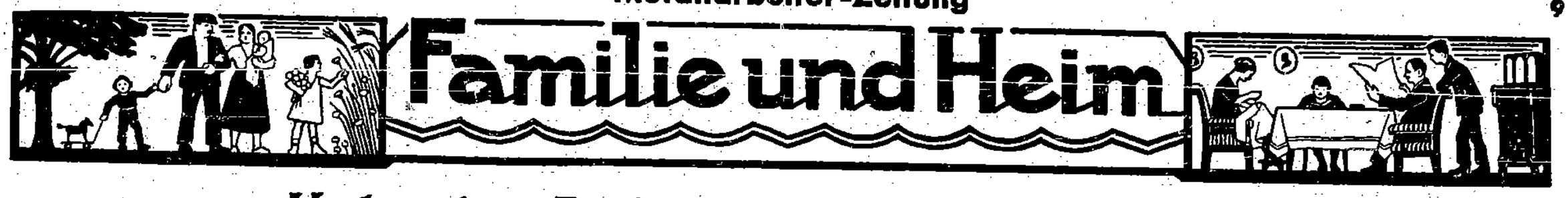
Manchmal kommen noch vereinzelt Menschen hier vorbei. Meist junge Familienväter, die mit ihren Sprößlingen spazieren gehen. Die stehen oft lange und schauen nach den zerbrochenen schmutzigen Fenstern der grauen Gebäude mit Blicken, wie man in der Fremde eine Ansichtskarte aus der Heimat betrachtet. Sie fühlen es erst jetzt, was ihnen diese Stätte war. Jetzt, wo nur noch die toten Gebäude dastehen, ohne die ewig hetzenden und kontrollierenden Aufsichtsbeamten, jetzt fühlen sie es, daß ihr Haß damals gar nicht dieser Arbeitsstätte selbst galt, daß ihr Fluch nicht ihr Tagewerk treffen sollte, sondern daß Hassen und Fluchen nur die Auflehnung gegen den Schinderdienst bedeuteten, den die ewig hetzenden Aufsichtsbeamten den Herren Direktoren zur Sicherung des Profits leisteten. Aber das andere, die Arbeit — oh, jetzt wissen sie es, daß Arbeit wirklich Segen bedeutet, wenn sie nur ihrem eigentlichen Sinn zugänglich gemacht wird: dem Dienst an der Gesamtheit! Ob sich das noch einmal verwirklicht? Diese Frage kommt ihnen in den Sinn, während sie sich umdrehen und wieder der Stadt zuwenden. Und je näher sie der Stadt kommen, desto bestimmter erwacht in ihnen wieder der Glaube daran, daß diese Verwirklichung kommen muß, daß die Millionenmasse des Proletariats nicht untergehen kann.

In der Stadt ist das ehemals fröhliche Leben und Treiben verschwunden. Verschwunden unter einer Fülle von Not und sozialem Leid. Das drückt die Menschen danieder. Sie gehen behutsam und schwer, als ob sie fürchteten, in der Eile über die Stadtgrenze hinauszulaufen dorthin, wo das stillgelegte Eisenwerk liegt, das sie doch nicht mehr haben will und ihre Tore verschlossen hält.

So schlendern sie, die ehemals Werktätigen, über den Asphalt der Trottoirs, an den breiten Schaufenstern vorbei. Dort hängen sich oft ihre Blicke fest an all die Sachen, für deren Zweckmäßigkeit sie schon fast gar keinen Begriff mehr haben: Armbänder, Uhren, Edelsteine, Kristalle usf. Aber auch andere Sachen sehen sie hier, die ihnen Wunschbild sind und heißes Verlangen in der Brust wecken: Brot, Butter, Wurst, Käse. Und komisch, sie wissen, daß es zwecklos ist, aber sie fühlen doch fast unbewußt mit den Händen in den Taschen, ob nicht doch vielleicht — irgendwo — aber Unsinn, sie lächeln schon wieder über ihre Naivität, denn der letzte Pfennig der Unterstützung ist ja schon längst aufgeteilt, bevor er noch in ihre Hand kam. Und trotzdem lächeln sie weiter — bis zum nächsten Fenster —, weil schon der kurze Augenblick einer schüchternen Hoffnung sie glücklich macht.

Bald aber überschattet wieder das Leid alles, wenn sie angelangt sind vor den Stempelstellen, wenn sie ihre Karte, dieses verfluchteste Papier, das es je gegeben, in der Hand halten und Schlange stehen, bis sie zum Schalter herankommen. Komisch, wie sie die Beamten dort hinter den Schaltern hassen, die doch selbst nicht die geringste Schuld an ihrem Unglück haben, die ihnen aber die karge Unterstützung reichen müssen und ihnen die ganze grausame Welt verkörpern, die ihnen keine Arbeit, keinen ausreichenden Lohn mehr zu geben vermag.

Z. B.



Kalender-Reform

Der Verkehrsausschuß des Völkerbundes hat sich wiederholt mit der Frage einer Kalenderreform beschäftigt und auf seine Anregung hin sind in den einzelnen Ländern „nationale Studienausschüsse" gebildet worden, die die Möglichkeiten einer Änderung des heute geltenden Kalendersystems zu prüfen haben. Da von einzelnen dieser Kommissionen angeregt worden ist, diese Frage noch in diesem Jahre zu entscheiden und mit dem Beginn des Jahres 1932 einen neuen Kalender in Kraft treten zu lassen, ist es vielleicht gut, einmal die bisher vorliegenden Vorschläge kennen zu lernen.

Als besonders störend hat man bei der gegenwärtigen Kalenderform empfunden die ungleiche Länge der Monate und Vierteljahre, das Schwanken des Oster- und Pfingstfestes und das Verschieben der Wochentage in aufeinanderfolgenden Jahren um einen Tag oder bei Schaltjahren sogar um zwei Tage.

Es stehen sich nun viele Vorschläge gegenüber, die diese Mißstände beseitigen wollen. Man könnte die Vorschläge in zwei große Gruppen teilen: die einen wollen die bisherige Kalenderform in ihren wesentlichen Zügen beibehalten und nur die angedeuteten Mißstände reformieren, die andern wollen eine völlige Neugliederung des Kalenders, ihn also revolutionieren. Dabei denkt man zum Beispiel an ein Jahr von 10 Monaten zu je 5 Wochen mit je 10 Tagen. Das Jahr würde danach also mit 500 Tagen wesentlich länger sein als das jetzige. Ferner wird auch der Gedanke einer Fünftagewoche sehr lebhaft vertreten.

Bei der andern Gruppe stehen besonders zwei Vorschläge im Mittelpunkt: der eine geht aus von dem Amerikaner Moses B. Cotsworth; er läßt sich im wesentlichen in folgende Punkte zusammenfassen: Das Jahr zerfällt in 13 Monate zu je 28 Tagen; der neue Monat wird zwischen Juni und Juli eingeführt, er soll „Sol" heißen; der alljährliche Übertag wird als 29. Dezember eingefügt; der Schalttag wird als 29. Juni eingefügt; Ostern wird auf den 99. Tag des Jahres, den 15. April, gelegt; die Monate werden möglichst nur durch römische Ziffern bezeichnet.

Der zweite Vorschlag geht von einem Deutschen namens Blochmann aus:

1. Das Jahr enthält 52 Wochen zu je 7 Tagen mit Wochentagsnamen und einen zwischen Juni und Juli eingeschobenen Tag ohne Wochentagsnamen (Mittjahrstag).

2. Der in Schaltjahren außerdem einzuschiebende Tag wird an das Ende des Schaltjahres gelegt und erhält auch keinen Wochentagsnamen.

3. Jedes Datum fällt in allen Jahren auf den gleichen Wochentag, das Jahr fängt mit einem Sonntag an.

4. Die ersten Monate jedes Vierteljahres (Januar, April, Juli und Oktober) haben 31, alle anderen Monate 30 Tage. Alle Vierteljahre enthalten also je 13 volle Wochen, jeder Monat hat 26 Werktage.

5. Ostern fällt auf den 99. Tag des Jahres, den 8. April, Pfingsten auf den 26. Mai. Die ersten vier Punkte dieser Übersicht gelten für die ganze Welt, Punkt 5 für die christlichen Konfessionen.

Am meisten Aussicht auf Annahme hat wohl dieser letzte Vorschlag, weil sich die katholische Kirche besonders stark für ihn einsetzt. Denn die Kirche vertritt die Auffassung, daß aus religiösen Gründen am Kalender möglichst wenig geändert werden soll, sie ist jedoch auch aus kirchentechnischen Gründen für die Festlegung des Osterfestes.

Grundsätzlich kann man wohl der Meinung sein, daß eine nur kleine Änderung des gegenwärtigen Kalendersystems nicht der wirtschaftlichen Entwicklung, die für solche Fragen ausschlaggebend sein sollte, gerecht wird. Das rein mathematisch-nüchtern aufgebaute Jahr mit 500 Tagen (10 Monate zu je 5 Wochen zu je 10 Tagen) oder mit 400 Tagen (4 Vierteljahre zu je 4 Monaten zu je 25 Tagen) scheint wirtschaftspolitisch zweckmäßiger zu sein als die Beibehaltung der wesentlichsten Teile der gegenwärtigen Kalendergliederung. Aber gegen den Willen der katholischen Kirche und aus traditionellen Gründen werden solche Überlegungen wohl kaum ernsthaft erörtert werden.

Aber selbst wenn nur die Vorschläge der „gemäßigten" Kalenderreform wirklich angenommen werden sollten, würde das für die Arbeiterschaft einige Bedeutung haben. Zunächst würde die verhältnismäßige Ungleichheit bei monatlich zu leistenden Zahlungen fortfallen (für 28 Tage im Februar die gleiche Summe wie für 31 Tage im Januar, März usw. bei Miete, Angestelltenversicherung u. ä.); bei der Auszahlung von Gehältern, Renten usw. würde aus dem gleichen Grunde eine größere Gleichwertigkeit der Summen eintreten; arbeitsrechtlich wäre die Festlegung gleicher Monatsfolgen und gleicher Vierteljahre sowie die Festlegung der beweglichen Feste ebenfalls wohl von Vorteil. Wenn also eine Kalenderreform wirklich ernsthaft geplant ist, dann hat die Arbeiterschaft nicht die geringste Ursache, sich dagegen zu wenden, sondern es liegt sogar in ihrem Interesse, wenn die Reformierung des Kalenders nicht zu schüchtern in Angriff genommen wird.

Hansotto Löggow.

Zusammengebrochen

Erich Karsten ist in seinem bescheidenen Zimmer im Dunkeln. Licht darf er noch nicht anstecken, denn er muß sehr sparsam wirtschaften. Er grübelt. Drei Jahre ist er nun schon arbeitslos und schon längst bei der „Wohlfahrt". Von dort bekommt er die Woche neun Mark Unterstützung. Sechs Mark gibt er Miete für sein Zimmer, mit den übrigbleibenden drei Mark muß er sich langhungern. So manchen Abend geht er mit knurrendem Magen ins Bett.

Da klingelt es. Erich schreckt auf und geht öffnen. Sein Freund und Lehrkollege Walter Meißler steht vor ihm. Sie begrüßen sich und gehen ins Zimmer. Erich zündet die Petroleumlampe an.

„Willst du Arbeit haben?", fragt Walter.

„Du willst mich wohl zum besten halten?"

„Nein, nein, ich meine es ernst. Der Krauter, bei dem ich arbeite, hat einen größeren Auftrag bekommen und stellt noch einige Leute ein. Wenn du auf dem Deckel bist, kannst du Glück haben."

Am nächsten Morgen geht Erich mit seinem Arbeitsanzug und einigen Brotschnitten unter dem Arm frühzeitig zur Werkstatt und bringt dem Meister sein Anliegen vor. Dieser besieht sich die Papiere und mustert ihn eingehend.

„Wie lange sind Sie denn schon arbeitslos?"

„Drei Jahre."

„Dann können Sie ja gar nicht mehr arbeiten."

„Doch, ich verstehe noch alles."

Der „Alte" will nicht recht. Erich redet, er weiß, um was es geht, und schließlich wird er eingestellt. Erfreut geht er zu Walter und bedankt sich für den guten Wink.

Pünktlich kommt der Meister aus seinem Büro und gibt das Zeichen zum Arbeitsbeginn. Erich muß mit einem Kollegen zwölf Meter lange Winkeleisen vom Hof in die Werkstatt tragen. Er geht mit Feuereifer an die Arbeit. Sie fällt ihm bitter schwer, denn sein Körper ist in den Hungerjahren der Arbeitslosigkeit entkräftet. Der Schweiß bricht nach kurzer Zeit aus allen Poren. Der Rücken zittert unter der ungewohnten Last. Dazu läuft der „Alte" andauernd umher und treibt an.

„Man los! Man los! Nicht so langsam! Immer frei weg! Man muß auch was sehen fürs Geld!" — Die Arbeit wird immer im Trab gemacht, und doch geht es nicht schnell genug.

Endlich ist Frühstück. Die Kollegen setzen sich zusammen und verzehren ihre Butterbrote. Erich atmet erleichtert auf und geht zu Walter. Er wickelt sein Margarinebrot aus, aber es will nicht schmecken.

Nach der Pause geht es im selben Tempo weiter. Erich ist bald am Rande seiner Kraft. Er beißt die Zähne zusammen und will nicht schwach werden. Aber er kann einfach nicht mehr und bricht unter einer langen Stange in die Knie. Der „Alte" sieht es und kommt sofort angelaufen.

„Halten Sie man gleich auf. Solche schlappen Kerle können wir hier nicht gebrauchen," sagt er und geht mit Erich ins Büro. Dort gibt er ihm die Papiere zurück und zahlt ihm den zustehenden Lohn aus.

Erich nimmt seine Papiere, Geld und Sachen, und geht niedergeschlagen davon. In seinem Kopf ist ein Brausen. Die Gedanken jagen durcheinander. Was soll in der Zukunft aus mir werden?, fragt er sich. Er findet keine Antwort. Vor seinen Augen grinst ein eingefallenes Gesicht mit hohlem Blick, das Wahrzeichen der „Wohl"fahrt.

R. K.

Das Leben der Marie Szameitat

Von Josef Maria Frank

Copyright 1930 by „Der Bücherkreis GmbH", Berlin 1931

XXXIX.

Marie kann durch den Eingang für die Angestellten hinein. Im Foyer Stimmengewirr, Menschendurcheinander, Versammlung der Angestellten. Ein schon vom Gericht bestellter Verwalter klärt auf. Nur mühsam gelingt es den Leuten vom Betriebsrat, wenigstens etwas Ruhe hineinzubringen. Immer wieder brodelt es auf zum Chaos der Meinungsverschiedenheiten.

Wie knatternde Feuerwerksfrösche explodiert es durch das Wirrwarr: „Sone Schufte, sone Lausedirektion!" — „Ins Zuchthaus muß der Hund!" — „Hastense de Fresse, Mistjunge, Sie haben unter einer Decke jesteckt mit dem!" „Richtig, jib ihm, schlagt'n dot, der hat's jewußt!" — „Watdennwatdenn, Polizei? Wo't Kind im Wasser liegt? Revolution, det brauchen wir, Revolution, ne andere Regierung, Weltrevolution!" — „Quatsch nich Krause, daruff pfeif ich, Arbeet will ich, meine Kaution will ich, meine Kaution!" — „Wat is mit der Kaution, Jerichtsfritze, wat is mit der Kaution, verfluchtnochmal?"

Ein Orkan der Stimmen: „Was is mit unserm Geld? Unser Geld wollen wir!" Tobender Sprechchor empörter, abgebauter, betrogener, verratener Statisten vis-à-vis dem Nichts.

Marie findet ihre Arbeitgeberin: „Was ist mit der Kaution, was meinen die damit, was ist damit?" Die Frau, märchenhafte Ruhe und Gelassenheit, winkt ab: „Futsch is se. Wie meine. Jenau wie meine. Det jing doch in ein Topp. Und den Topp hat der mitjenommen, der Schubiak! Wenn se'n nur kriejen däten, uffhängen müßten se det Aas, uffhängen müßtense den!"

Marie ist noch Unfaßbarkeit: Ihre hundertfünfzig Mark verloren? Ihre hundertfünf — nein, nein, Trudes hundertfünfzig Mark verloren? Eiskalter Schreck! Unfaßbarer Gedanke! Ja, wieso denn, was denn, warum denn? „Wie ist denn das möglich? Das kann doch nicht möglich sein!"

Die Frau bleibt die Ruhe selbst: „Wieso denn nich? Wieso soll denn det nich möglich sein, det jeklaut wird? Jeklaut wird immer, überall, wo man nur kann, det dun alle, der Staat, die Banken, die Schieber, die Händler, der Jerichtsvollzieher, die Arbeitjeber und die Arbeitnehmer, jeder klaut, wenn er nur kann. Det Komische is nur, det se nur immer ausjerechnet uns beklauen. Det is det eenzige, det ick nich verstehe, verstehnse."

Marie hält einen vom Betriebsrat fest, fragt den und zerrt ihn hart am Rock.

Der Mann hat wenigstens einen schwachen Trost: „Quatsch, verloren ist sie nicht, dauert nur vierzehn Tage, bis alles klar ist. Soviel kommt immer noch aus der Pleite raus, daß Sie die Kaution wiederkriegen, natürlich nicht alles, aber, sagen wir mal, na, die Hälfte bestimmt. Vierzig Prozent werden wir wiederkriegen, vierzig oder dreißig Prozent. Muß doch gerecht verteilt werden, nich wahr?" Fort ist er.

Marie steht völlig verdattert. Nervöses Zucken und Kopfschütteln. Gerecht? Ist denn das Gerechtigkeit?

Die Frau tröstet. Ihre Ruhe gleitet langsam in Marie hinüber. Marie kann ruhig zuhören. „Also nu fallense man nich wieder vom Stengel! Ich werd schon wat Neues finden. Un det ich Sie mitnehm, da könnense man janz beruhigt sein. Jetzt haben wir ebent Ferien. Is doch ooch mal janz scheen, verdient haben wir sie doch, wenn ooch anders. Deswegen brauchen wir noch lange nich in'n Landwehrkanal. Nee, Marie! Blei'm se man oben und wartense, kommense jeden Vormittag zu mir und hörense nach. Ab nächsten Montag, nich?"

Marie gibt sich einen Ruck. Sie muß ja auch oben bleiben. Schon des anderen wegen! Was bleibt ihr denn anderes übrig? Marie reißt sich zusammen. Was soll Schwäche? Kraft, Kraft, Stärke, darum geht es.

Im Ausgang trifft Marie mit Down zusammen. Auch die tröstet. „No, was soll das schon, eine Pleite? I' hab das nächste Mal Jubiläum, die fünfundzwanzigste Pleite, dann werden's eingeladen, Marie. Dann gibt's ein Gaudi, Marie. Eine Pleite, schaun's Marie, das ist halt gar nix. I' hab schon sechs Haarfarben g'habt, aber graue Haar hab ich deshalb noch nie bekommen. Find'n mir halt was Neues, Marie. Ich sag Ihn' schon Bescheid, wenn ich was weiß. Muß mir ja auch ein' neuen Laden suchen, no also."

Down erkundigt sich auch nach dem anderen. Marie erzählt ihr, daß sie jetzt eine Adresse bekommen hat, die Adresse einer Frau, die ihr bestimmt helfen werde. „Wenn es nur nicht schon zu spät ist, Fräulein Down? Davor hab ich Angst!" Down beruhigt: „Nur ka Angst! Das ist alles halb so schlimm. I' hab's schon dreimal hinter mir. Und wie seh ich aus, no?"

Marie holt die Kinder ab. Marie ist wieder ruhig geworden. Sie rechnet auf dem Heimweg sich aus: Sie hat ja die hundertachtundvierzig Mark von Down, dazu ersparte fünfundsiebzig, das sind zusammen zweihundertdreiundzwanzig Mark. Trude bekommt zweihundert Mark, aber die wird warten, wenn es sein muß.

„Wir werden schon über den Berg hinüberkommen!" Laut sagt es Marie, für sich fügt sie hinzu: Wenn das andere gelingt. Und es wird gelingen!

Marie hat ja einen Sack voll Hoffnungen. Eine wird bestimmt darunter sein, die sich erfüllen wird?

Marie ist wieder obenauf.

*

Ein Tag beginnt, in nichts außergewöhnlicher als Tage davor oder Tage danach.

Beginnt und verläuft mit wechselnder Bewölkung, Neigung zu Heiterkeit und strichweisen Niederschlägen. Vierundzwanzig Stunden ortsübliche Geschehnisse, deren Bilanz nichts anderes verrät als normalen Zustand.

An diesem Tage geht Marie zu der Frau, die sie endlich von aller Qual erlösen soll.

Schlimme Tage liegen hinter Marie. Die Suche ihrer bisherigen Arbeitgeberin nach einem Unterkommen für sie beide in einem anderen Ballhause hat noch zu keinem greifbaren Resultat geführt. Auch Down, die gute Down, hat noch nichts für Marie gefunden. So bleibt nur der Hoffnungsballon: daß die nächste Woche den erwarteten Erfolg bringen und eine seit gestern ziemlich sichere Aussicht auf die Übernahme der Waschräume in einem Halenseer Vergnügungspalais sich erfüllen wird. Dieser Hoffnungsballon, an den Marie sich klammert, trägt Marie und hält sie aufrecht.

Denn: die Lage hat sich außerordentlich verschärft durch ein nicht vorauszusehendes Ereignis.

Trude, die Freundin, von der Marie damals die übrigens immer noch nicht zurückerhaltene Kaution für das Ballhaus geliehen hat, ist bei Marie gewesen und hat unter Heulen gebeten, wenigstens die Hälfte des Geldes, also hundert Mark, zurückzugeben. Trudes Mann ist vorige Woche abgebaut worden; da sie sich aber noch kurz davor zu einer ganzen Reihe unsinniger Käufe für die Wohnung, natürlich auf damals bequem und risikolos erscheinende Teilzahlung, hatten verleiten lassen und jetzt die fälligen Raten bezahlt werden müssen, ist ihre Lage schlimm.

So hat Marie, so schwer es ihr auch gefallen ist, die hundert Mark herausrücken müssen. Damit ist ihre eiserne Munition auf erbärmliche und unsagbar wichtige hundertdreiundzwanzig Mark zusammengeschmolzen. Die dürfen nicht angegriffen werden; die müssen schußbereit daliegen als neue Kaution für die neue Stelle.

Nur schlecht ist es Marie gelungen, mit den paar Mark, die sie mühsam zusammengeschuftet am Tage, alles und alle zufriedenzustellen. Die Kinder, die jetzt unheimlich wachsen, haben immer unbändigen Hunger.

Auch fühlt sich Marie seit einigen Tagen schwach und kraftlos. Die Arbeit und das Herumhetzen und Suchen fallen schwer. Das von Tag zu Tag in ihr wachsende Kind macht sich bemerkbar. Marie spürt deutlich, daß es höchste Zeit war zu dem Gang, auf dem sie sich befindet.

Marie ist angelangt. Schnell überquert sie den Hof, auf dem Kinder spielen und in Müllkästen herumkramen.

Starke Bewegung in Marie: Gut, daß nun doch, nach zwei vergeblichen Bittgängen zu der Frau, diese sich endlich bereit erklärt hat. Die fünfzig Mark, die ihr Marie mitbringen muß, hat Marie nach einem bedrückenden Gang zu der alten Dienstgeberin von dieser geliehen unter der Vorspiegelung, das Geld dringend für die Kinder brauchen zu müssen. Marie beruhigt sich: Das war ja auch keine Lüge! Das ist ja auch ganz richtig! Sie braucht es ja auch nur für die Kinder, nur um der Kinder willen! Sie tut es ja nur für die, muß es ja für die tun! Für wen denn sonst?

Seitenflügel rechts. Parterre. Marie klingelt. Die Frau öffnet. Sie hat Marie schon erwartet, hat schon alles vorbereitet. Marie fühlt keine Angst, keine Furcht, nur Befreiung, endlich Befreiung.

Die Wohnung ist gut in Ordnung. Marie sieht, daß hier Geld verdient wird. Alles ziemlich neue, schöne, solide Sachen. Im Vorübergehen sieht Marie wieder: Mahagonimöbel, Seidenbezüge, einen großen Grammophonschrankapparat, das Prunkstück. Sie muß durch die Wohnstube und die Schlafstube hindurch in eine abseits zu einem freien Seitengrundstück hinausliegende Kammer. Zwei Stühle nur, ein Tisch mit einer Schüssel, daneben etwas Nickelglänzendes — Marie sieht fort, sie will das nicht sehen —, an der Wand unter den weißverstrichenen Fensterscheiben eine Chaiselongue mit einem weißen Leintuch überdeckt.

Die Frau macht nicht viele Worte, fragt nur noch einmal kurz: „Stimmt det ooch, mit die Zeit, wissense? Det nischt passiert, wissense?" Marie erhärtet nochmals ihre Lüge, sie hat acht Wochen verschwiegen. Die Frau sieht zwischen einigen fast gelangweilt und gleichgültig vorgenommenen Handhabungen Marie an, sekundenlang aus zusammengekniffenen Augen prüfend. Marie hält stand. Die Frau scheint beruhigt. Maries Aussehen macht Maries Lüge durchaus glaubhaft.

Die Vorbereitungen sind erledigt. Geschäftsmäßig und kühl wendet sich die Frau wieder zu Marie: „Habense det Jeld da, Se wissen doch?"

Marie gibt ihr die fünfzig Mark. Die Frau legt das Geld in die Tischschublade, kehrt sich um, weist mit einer lässigen Handbewegung auf die Chaiselongue. Marie, ebenfalls mit ihren Vorbereitungen zu Ende, folgt wortlos dem Kommando, folgt mit einem erlöst leuchtenden Lächeln auf dem blassen Gesicht.

Marie schließt die Augen, preßt die Hände fest über die Brust, auf das laut, aber gleichmäßig schlagende Herz und atmet auf. Stößt den Atem durch Mund und Nase, als stoße sie eine maßlos schwere, drückende Last von sich.

(Wird fortgesetzt.)

Verbandsleben

Aufschub der Betriebsrätеneuwahlen für ein Jahr

Auf Grund der 4. Verordnung des Reichspräsidenten vom 8. Dezember 1931 hat sich die Reichsregierung die Ermächtigung gegeben, die Amtsdauer derjenigen Personen in sozialen Ehrenämtern, soweit sie im Laufe des Kalenderjahres 1932 abläuft, um einen Zeitraum bis zu einem Jahre zu verlängern. Durch die Verordnung über Ausfall der Betriebsrätewahlen im Jahre 1932 vom 14. Dezember 1931 wird nunmehr bestimmt, daß sich die Amtsdauer der Betriebsräte, Arbeiterräte, Angestelltenräte, Betriebsobmänner, Gesamtbetriebsräte, gemeinsame Betriebsräte und der Gliederungen der Behördenbetriebsräte gemäß §§ 18, 19, 51, 54, 58 und 61 des Betriebsrätegesetzes um ein Jahr verlängert. Ausgenommen hiervon sind die Baudelegierten gemäß § 62 des Betriebsrätegesetzes, da hier das Wahlverfahren sehr einfach ist und unter Vermeidung jeder Wahlhandlung die Berufung in dieses Amt möglich ist. Auf Betriebsräteneuwahlen, die am 9. Dezember 1931 bereits in Vorbereitung waren und vor dem 1. Januar 1932 beendet sind, ebenso auf die Wahl eines Betriebsobmannes, die noch vor dem 1. Januar 1932 vollzogen wird, findet die Verlängerung der Amtsdauer keine Anwendung.

Da sich hiernach die Amtsdauer als solche nur um ein Jahr verlängert, fallen auch die Wahlen zur Entsendung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat in diesem Zeitraum aus, da gemäß § 7 des Gesetzes über Entsendung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat die Mitgliedschaft im Aufsichtsrat ausschließlich durch Rücktritt oder durch Verlust der Zugehörigkeit zum Betriebsrat, dem das Mitglied angehört, endet.

Infolge der Amtsverlängerung befinden sich die Betriebsvertretungen für den genannten Zeitraum weiter im Amte; deshalb ist während dieser Zeit auch eine Neuwahl von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat nicht nötig. Dagegen finden auch während der genannten Zeit diejenigen Neuwahlen statt, die sich nach §§ 39 bis 44 des Betriebsrätegesetzes und § 8 des Gesetzes über Entsendung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat notwendig ergeben.

Doppelwochen und Kurzarbeiter-Unterstützung

Die Spruchkammer des Landesarbeitsamtes Frankfurt a. M. beim Oberversicherungsamt Wiesbaden hat eine wichtige Entscheidung getroffen. Geklärt wurde die Frage, ob bei Verrichtung von Kurzarbeit in unregelmäßiger Abwechslung Kurzarbeiterunterstützung gezahlt werden kann.

Der Sachverhalt war folgender: Im Betrieb Neuhoffnungshütte bei Sinn wurde in verschiedenen Abteilungen Kurzarbeit verrichtet. Man arbeitete bei einer tarifvertraglich festgelegten 48stündigen Arbeitswoche in einer Woche an 3 Tagen je 10 Stunden, also zusammen 30 Stunden, und in der anderen Woche an 2 Tagen je 10 Stunden, also in der zusammengefaßten Doppelwoche 50 Stunden an insgesamt 5 Arbeitstagen. Das Arbeitsamt Dillenburg gewährte unter diesen Umständen Kurzarbeiterunterstützung für 7 Ausfalltage in dieser Doppelwoche. Schließlich erfuhr hiervon das Landesarbeitsamt Frankfurt und ordnete an, daß die Gewährung von Kurzarbeiterunterstützung sofort eingestellt werden müßte, weil die Gesetzesbestimmungen dies nicht gestatten.

Das Landesarbeitsamt vertrat die Auffassung: Kurzarbeiterunterstützung wird nur gewährt, wenn in jeder Woche mindestens drei Arbeitsausfalltage vorhanden sind und nur die Hälfte der tatsächlich in Frage kommenden Arbeitszeit einer Vollwoche in Stunden gearbeitet wird. Es dürften also höchstens 24 Stunden gearbeitet werden, und dies zumindest in drei Tagen, wenn Kurzarbeiterunterstützung zu zahlen ist. Weil nun in der ersten Woche 30 Stunden gearbeitet wurde, ist nach Ansicht des Landesarbeitsamtes Frankfurt keinerlei Kurzarbeiterunterstützung zu zahlen. Daß aber in der nächsten Woche nur 20 Stunden von 48 Stunden Vollarbeits-Wochenstunden gearbeitet wurde, ließ das Landesarbeitsamt unberücksichtigt. Die von der Verwaltungsstelle Herborn des DMV vertretene Auffassung, daß man zwei Wochen zusammennehmen könne als sogenannte Doppelwoche, machte sich das Landesarbeitsamt auch nicht zu eigen, und es vertrat die Ansicht, daß bei der Gewährung von Kurzarbeiterunterstützung Doppelwochen nur dann in Frage kommen könnten, wenn in einer Woche voll gearbeitet wird und in der anderen Woche überhaupt nicht. Daß aber in jeder Woche gearbeitet würde, nehme den Charakter der Doppelwoche.

Die Spruchkammer des Landesarbeitsamtes Frankfurt bei dem Oberversicherungsamt Wiesbaden gab jedoch der Auffassung des DMV statt und sprach der Belegschaft der Neuhoffnungshütte Sinn-Dillkreis die Kurzarbeiterunterstützung zu. Sie ging hierbei von der Auffassung aus, daß man auch Doppelwochen annehmen kann, wenn auf Grund technischer Bedingungen im Betrieb an zwei aufeinanderfolgenden Wochen usw. nur an zwei oder drei Tagen gearbeitet werden kann. Wird in dieser Doppelwoche nicht wesentlich mehr als tatsächlich [illegible]e Hälfte der Arbeitsstunden von zwei Vollarbeitswochen [illegible]ahren, so ist auch hier Kurzarbeiterunterstützung zu zahlen.

Dieses Urteil dürfte in gleichgelagerten Fällen für unsere Betriebsräte und Verwaltungsstellen anwendbar sein. H. S.

Bezirkskonferenz Hannover

Im Beisein von 80 Delegierten aus 37 Verwaltungsstellen tagte in Hannover die Bezirkskonferenz. Bezirksleiter Kollege Striefler erstattete den Tätigkeitsbericht. In der Metallindustrie des Bezirkes sieht es unerfreulich aus. Zu Beginn des Jahres waren 28 vH der Arbeiter arbeitslos und 27 vH arbeiteten verkürzt. Bis zum Oktober 1931 stieg die Zahl auf 36 vH Arbeitslose und 32 vH Kurzarbeiter. Bei Jahresschluß sind nur noch 32 vH der Metallarbeiter vollbeschäftigt. Die Krise benutzten die Unternehmer, um bei Lohn- und Tarifverhandlungen einen Druck auf die Arbeiter auszuüben. Unserem Verband ist es gelungen, die gekündigten Manteltarife und Lohntafeln mit einer Lohnsenkung von 3 bis 5 vH wieder in Kraft zu setzen. Hart mußte auch um die Akkordpreise gekämpft werden. Bei diesen Kämpfen fielen uns die Hilfstruppen der Unternehmer, Gelbe und Nazis, sowie die Kapitalsstütze RGO in den Rücken. Bei den Betriebsrätewahlen konnten sie aber keinen Einfluß gewinnen. Ein glänzender Erfolg war das Jugendtreffen der Bezirke Hannover und Bielefeld in Hildesheim. In der Krisenzeit konnte die Mitgliedschaft im Bezirk nicht gehalten werden. Der Rückgang ist verhältnismäßig gering. Nahezu 2½ Millionen Mark wurden im Berichtsjahr im Bezirk als Unterstützung ausgegeben.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung sprach Kollege Metz, Berlin, über: „Der deutsche Metallarbeiter im Kampf gegen die Reaktion und seine sonstigen Feinde". Das Ergebnis wurde in folgender Entschließung zusammengefaßt:

„Die am 6. Dezember 1931 im Gewerkschaftshause zu Hannover tagende Bezirkskonferenz des DMV erkennt an, daß die Bezirksleitung sowie alle übrigen Verbandsinstanzen trotz der von Monat zu Monat verschärften Wirtschaftslage erfolgreich für die Interessen der Metallarbeiter gewirkt und besonders den von Unternehmerseite geplanten Lohnraub auf das mindeste beschränkt haben.

Die Konferenz stellt fest, daß der durchgeführte Lohnabbau nicht wirtschaftsbelebend gewirkt, sondern vermehrte Arbeitslosigkeit und damit vergrößerte Not gebracht hat.

Die Konferenz wendet sich aufs schärfste gegen eine Verschandelung der Sozialversicherung sowie gegen Eingriffe in das Tarif- und Schlichtungswesen. Sie erwartet von den Verbandsinstanzen, daß alle zur Verfügung stehenden Mittel angewendet werden, um die Absichten der Unternehmer sowie der Reichsregierung auf Verschlechterung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft abzuwehren. Die Konferenzteilnehmer stellen sich einmütig hinter das Wirtschaftsprogramm des ADGB und verpflichten sich, in den Verwaltungsstellen dafür Sorge zu tragen, daß die gesamte Metallarbeiterschaft des Bezirks Hannover geschlossen und einig zusammensteht, damit alle Übergriffe, woher sie auch kommen, abgewehrt werden können. Sie verpflichten sich ferner, jedem Terror von links und von rechts energisch entgegenzutreten, damit das Machtinstrument der Arbeiterschaft, die Gewerkschaften, jederzeit den Kampf gegen die Mächte der Reaktion aufnehmen können." W. T.

Erfreue deine Nächsten

Merksätze für Vortrags- und Versammlungsteilnehmer

Bevor du in eine Versammlung gehst, nimm dir vor, unbedingt zu reden. Schon die Verlesung der Tagesordnung bildet einen Anknüpfungspunkt. Verlange eine Umstellung der Tagesordnung, ohne dich von praktischen Gesichtspunkten leiten zu lassen.

Wird nun ein Vortrag gehalten, so trage ein erhabenes Lächeln zur Schau und mache dich durch viele unmotivierte Zwischenrufe bemerkbar. Sollte sich der Vortragende erdreisten, auf deine Zwischenrufe einzugehen und sie „richtigzustellen", so bewahre vor allem dein erhabenes Lächeln und bemühe dich, ihn nicht zu verstehen. Denn ein Vortrag hat ja schließlich nicht den Zweck, die Erkenntnis der Zuhörer zu vertiefen.

Ist der Vortrag beendet, so melde dich sofort zum Wort. Jetzt schlägt für dich die große Stunde, deine Meinung und Auffassung den atemlos lauschenden Zuhörern nahezubringen.

Den Vortragenden strafst du am besten dadurch mit Verachtung, daß du gar nicht auf seine Darlegungen eingehst. Selbst wenn dir ausnahmsweise der Vortragsstoff liegen sollte, wäre es eine kapitale Dummheit von dir, dich irgendwie an den Vortrag zu halten. Einem tüchtigen Redner bieten sich hier ungeahnte Möglichkeiten. Du könntest beispielsweise nach einem Vortrag über die Vierzigstundenwoche deine persönliche Auffassung zu der Entstehung der Arten bringen. Wer wollte wohl den engen Zusammenhang dieser beiden Gegenstände bestreiten?

Solltest du von zweifelnden Zwischenrufern gestört werden, so mußt du deine Behauptung dadurch erhärten, daß du eine Autorität vorschiebst. Etwa Marx, Kautsky, Lenin oder Bernstein, dann brauchst du mit deiner Behauptung nicht so vorsichtig zu sein. Sehr wirkungsvoll ist es z. B., wenn du Marx im „Kapital", Band 3, Seite 273, irgend etwas behaupten läßt. Da in unseren Kreisen jeder Wert darauf legt, Marx zu kennen, wird man sich hüten, das von dir Gesagte zu bezweifeln.

Drücke dich möglichst umständlich aus und spicke deine Rede mit Fremdworten. Du erreichst damit zunächst, daß du nicht verstanden wirst, und zum anderen steigst du in der Achtung der Zuhörer und wirst für sehr gelehrt gehalten.

Einen mit Sachkenntnis Behafteten weist du dadurch in die Schranken, daß du ihn von der persönlichen Seite angreifst. Die Versammlung wird dir dankbar sein, gibst du damit doch dem sonst so trockenen und geschmacklosen Stoff erst die Würze.

Etwas Leben bringst du in die Versammlung, wenn du zwischendurch kleinere oder größere Geschäftsordnungsdebatten entfachst. Die Tatsache, daß keine Organisation sich eine bis ins kleinste ausgearbeitete Geschäftsordnung gegeben hat, kommt dir hier gut zustatten.

Wenn du in diesem Sinne tätig sein wirst, ist dir der Erfolg gewiß. Zum Schluß das Wichtigste: Vergiß nie, daß du immer im Gegensatz zum Vorstand stehst. H. Sors.

Bezirkskonferenz Breslau

Die Bezirkskonferenz tagte in Liegnitz und war von 53 Vertretern beschickt. Bezirksleiter Kollege Timm, Breslau, gab den Geschäftsbericht. Die katastrophale Wirtschaftslage wirkt sich in Schlesien sehr schlimm aus. Auf tausend Beschäftigte kommen 68 Arbeitslose. Ende September war von den Mitgliedern des Verbandes die Hälfte vollbeschäftigt. Der Rest waren Arbeitslose und Kurzarbeiter. In verschiedenen Orten des Bezirkes ist die Arbeitslage verzweifelt. Die Schwerindustrie Oberschlesiens ist fast erledigt. Im Waldenburger Bergbaugebiet ist man zur Einführung des Krümpersystems unter sehr beachtlichen Bedingungen gekommen, wodurch etwa 1800 Menschen in Arbeit kamen. Unsere Freunde von ganz links laufen dagegen Sturm. An Unterstützungen mußten im Berichtsjahr je Kopf 43,22 M gezahlt werden. Die Endziffer dieses Jahres wird bedeutend höher sein. Der Verband hatte fortwährend zu ringen, um Lohnkürzungen abzuwehren. Bei dem Streik in Breslau ist es gelungen, die überspannten Forderungen der Unternehmer abzuwehren. Unerfreulich waren die Machinationen, die von unserem Breslauer Bevollmächtigten Ziegler gegen die Bezirksleitung geduldet wurden. Der Jugendbewegung wurde im Bezirk große Aufmerksamkeit geschenkt. Dem Vortrag folgte eine umfangreiche Aussprache, die sehr zur Klärung beitrug. Den Hauptvortrag hielt Kollege Schliestedt, Berlin, der mit durchschlagendem Beweismaterial über die Krise und ihre Überwindung sprach.

Verlust der Mitgliedschaft beim Arbeiterrat

js. Eine Verletzung der Amtspflichten des Arbeiterrates, die zum Erlöschen der Mitgliedschaft beim Arbeiterrat führen kann, erblickt das Reichs-Arbeitsgericht darin, daß Mitglieder des Arbeiterrates, der Anweisung ihres Verbandes folgend, grundsätzlich allen Kündigungseinsprüchen von Arbeitern nach § 84 BRG ohne Prüfung der Gründe immer stattgegeben haben. Ein solches Verhalten wird als Mißbrauch des Amtes für außerbetriebliche Zwecke gekennzeichnet und stelle eine so grobliche Verletzung der gesetzlichen Pflichten dar, daß die Aberkennung des Amtes gerechtfertigt sei. Die Aufgabe des Arbeiterrats nach § 86 BRG gehe nicht dahin, einseitig die Belange der gekündigten Arbeiter dem Betriebsinhaber gegenüber zu vertreten. Der Arbeiterrat habe vielmehr die Gründe des Einspruchs gewissenhaft und unparteiisch auf ihre Berechtigung zu prüfen und dem Einspruch nur dann Folge zu geben, wenn einer der in § 84 BRG aufgezählten Tatbestände nachgewiesen sei. (RAG B 73/31. — 17. 10. 31.) (Nachdruck verboten.)

Vom Vorstand

Telegrammanschrift: Metallvorstand Berl
Fernsprecher: Dönhoff 6750 – 6753

Mit Sonntag, dem **10. Januar**, ist der **3. Wochenbeit**
für die Zeit vom **10.** bis **16. Januar 1932** fällig.

•

Häufig werden Anfragen oder Beschwerden einzelner glieder an den Vorstand gerichtet über Angelegenheiten, die Erledigung leicht durch die zuständige Ortsverwaltung fi können. Meistens ist diesen Zuschriften ein Ausweis über Mitgliedschaft nicht beigefügt, der unbedingt erforderlich wenn auf eine Beantwortung gerechnet wird. Die Mitgli sollen sich stets zunächst an die Ortsverwaltung wenden.

•

Zur Beachtung für reisende Mitglieder

Reisende Mitglieder können nur in den im Adressenverzeic mit † bezeichneten Verwaltungsstellen Reisegeld erheben Aufsuchen der Bevollmächtigten, Kassierer und Vertrau männer in den Wohnungen oder Arbeitsstellen durch die Rei den hat zu unterbleiben.

Ein statutarisches Recht auf Empfang von Lokalgeschenk steht nicht. Die Auszahlung von Lokalgeschenk durch die V waltungsstellen ist freiwillig und nur soweit möglich, als lo Mittel vorhanden sind. In allen Verwaltungsstellen, wo Adressenverzeichnis vermerkt ist: „Lokalgeschenk wird n bezahlt," ist das Aufsuchen des Kassierers, weil zwecklos, unterlassen.

•

Mitglieder, die auf die Reise gehen oder den Arbeits wechseln, haben sich bei der Verwaltungsstelle ihres bisheri Aufenthaltsortes unter Vorlage des Mitgliedsbuches abzumeld Mitgliedsbücher, die diese Abmeldung nicht enthalten, kön von keiner Verwaltungsstelle zur Anmeldung entgegengenomm werden, auch darf auf solche Mitgliedsbücher kein Reiseg ausbezahlt werden. Bei Übersendung des Mitgliedsbuches an frühere Verwaltungsstelle zum Zwecke der Abmeldung ist st Rückporto beizulegen, auch dann, wenn diese Übersendu durch eine Verwaltungsstelle erfolgt. Die Portokosten gehen Lasten des betreffenden Mitgliedes.

Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 148

Der Verbandsvorstan

Solidarität und gewerkschaftliche Treue

Wenn man die schwierige Wirtschaftslage in Deutschland b trachtet, die andauernde Herabsetzung der Löhne und ande Anlässe, die das Leben verbittern, hinzunimmt, dann muß m sich wundern, daß die Gewerkschaften noch an Mitgliederza so stark sind. Es dürfte aber dadurch bewiesen sein, daß diesen Massenorganisationen der Arbeiterschaft etwas ganz b sonderes verborgen liegt. In Heft 50 der „Sozialen Prax beschreibt Prof. Theodor Brauer die gegenwärtige Lage der G werkschaften. Dabei bemerkt er folgendes:

„Man muß bedenken, daß die Gewerkschaften heute in eine furchtbaren Kreuzfeuer stehen. Es wendet sich gegen sie nic bloß alles das, was der Gewerkschafter selbst als ‚sozia Reaktion' kennzeichnet; auch nicht bloß die in unserem Vo vielfach anzutreffende Abneigung weiter Kreise gegen die G werkschaften, die ihren Grund in der vermeintlichen Usurpieru vieler öffentlichen Stellen durch die Gewerkschaften bzw. dur deren ‚Hintermänner' hat; dann ferner auch nicht nur d nörgelnde Kritiksucht solcher ehemaligen Gewerkschafter, d entweder nicht auf ihre Rechnung kamen oder aber bloße Nac läufer waren und als solche ihren aus Bequemlichkeit erfo genden Abfall meist mit bissigen Angriffen auf die „Gewer schaftsbürokratie" begründen. Vielmehr sind die Gewer schaften der Gegenstand stärkster Bedrängnis durch die kom munistische Opposition und, letzteres vor allem in den Kreise der Angestellten, des nationalsozialistischen Ansturmes und d verstärkten Wiedereingreifens der Gelben. Man darf infolg dessen das verhältnismäßig gute Durchhalten der Gewer schaften sicher zu einem guten Teil auf gewerkschaftliche Di ziplin und solidarische Treue zurückführen. Mehr als manche befürchtet bzw. gehofft haben mag, sind die Gewerkschafte ein Faktor unseres Gesamtlebens geworden."

Die Gewerkschaften sind eine Staatsnotwendigkeit und ohn sie ist ein Arbeiterdasein kaum denkbar. Das werden noch di Gewerkschaftsfeinde einsehen lernen.

Oskar Grube Jubilar

Im Dezember 1906 trat Kollege Grube als Angestellte unserer Verwaltungsstelle Bielefeld seinen Dienst an, nachdem er jahrelang vorher schon ehrenamtlich tätig gewesen war. Di Mitgliederzahl war damals sehr günstig, von rund 9000 in de Metallindustrie Beschäftigten waren 7500 in unserem Verban organisiert. Unser Jubilar ist von Geburt Bielefelder und er lernte das Feilenhauerhandwerk. Viele Jahre war er Leiter de Feilenhauerbranche. In der Ortsverwaltung ist er als Kassiere tätig und hat jederzeit das Vertrauen seiner Kollegenschaf gerechtfertigt. Der Jubilar steht heute im 59. Lebensjahr, er ha es trotz Angestelltsein nicht leicht gehabt, denn sein ganze Reichtum bestand in einer großen Schar Kinder. Dem Jubila an dieser Stelle die besten Wünsche für sein ferneres Wirken

Jubilarfeiern

Die Verwaltungsstelle Roßwein i. S. konnte 17 Verbandskollegen als Jubilare ehren. Der Arbeitergesangverein verschönte die Feier. Die Grüße des Vorstandes und der Bezirksleitung überbrachte Kollege Leske, Dresden. In seiner Ansprache berührte er die gegenwärtige wirtschaftliche Lage und schilderte die Entwicklung der Verwaltungsstelle Roßwein. An den Erfolgen, die die Verwaltungsstelle in den 35 Jahren ihres Bestehens erzielt hat, haben die Jubilare größten Anteil. Still und unbemerkt haben sie ihre Pflicht erfüllt. Als Soldaten der großen gewerkschaftlichen Armee haben sie in strengster Solidarität und im zähesten wirtschaftlichen Kampf stets ihren Mann gestellt. Den Kollegen wurde das Gedenkblatt und die Jubiläumsnadel überreicht. Worte des Dankes sprach im Namen der Jubilare der Kollege E. Limbach. Die Arbeitersänger verschönten das Fest. Möge unsere Jugend dem Beispiel der Jubilare folgen, dann wird der Sieg unser sein!

•

Im Gewerkschaftslokal zur Traube hielt die Verwaltungsstelle Nürtingen ihre Jubilarfeier ab. Kollege Heinrich konnte zwei Kollegen als Jubilare begrüßen. Als Anerkennung ihrer Verbandstreue wurde ihnen die Ehrenmappe überreicht. Ein geselliges Beisammensein, umrahmt von Musik und Vorträgen, hielt die Kollegenschaft noch lange zusammen.

Aktienrechtsreform — Technische Entwicklung — Rationalisierung

11. Tagung des Reichsbeirates der Betriebsräte und Konzernvertreter

Am 28. und 29. Dezember tagte im Verbandshaus zu Berlin der 11. Reichskongreß der Betriebsräte und Konzernvertreter der Metallindustrie. Diese Tagungen erfreuen sich schon seit Jahren einer Beachtung, die weit über den Rahmen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes hinausreicht. In solchen Tagungen beschäftigt man sich mit Fragen der Volkswirtschaft und des Arbeitsrechtes, die weit über die übliche Gewerkschaftsarbeit hinausgehen.

Unser Betriebsrätebeirat hatte ein neues Gesicht. Er war nach den neuen Bestimmungen unseres Verbandes zusammengesetzt. Auffallend viele junge Kollegen sind in den Kreis der führenden Betriebsräte eingetreten. Ein gutes Zeichen für unseren Verband. 28 Betriebsräte aus den Bezirken und 33 Konzernvertreter waren anwesend. Dazu kommen Gäste, Vertreter der Ortsverwaltungen, Abordnungen der AfA-Verbände, des Heizer- und Maschinisten-Verbandes und des Verbandes der deutschen Kupferschmiede.

Zur Verhandlung standen brennende Zeitfragen. Die Notverordnungen des letzten Jahres haben gezeigt, daß der Privatkapitalismus nicht mehr weiter kommt und daß Eingriffe des Staates in die Privatwirtschaft notwendig sind. Die Unternehmen sind volkswirtschaftliches Gut. Sie müssen unter die Kontrolle der Öffentlichkeit und der Betriebsbelegschaften stehen. Darum unsere Beratungen über das Aktienrecht. Die Maschine wird heute zum Fluch der Menschheit. Was volkswirtschaftlich ein Segen sein könnte, wird in kapitalistischen Händen eine Geißel der Menschheit. Der Arbeiterklasse ist die Frage gestellt: was tun? Unser Betriebsrätebeirat gab die Antwort. In Vorträgen und Aussprachen ist sie niedergelegt. Als Ergebnis steht fest: die Gewerkschaften haben stärkere politische Macht zu entwickeln.

Die Betriebsrätetagungen sind dadurch bedeutungsvoll, daß die Vertreter des Bundes der technischen Angestellten und Beamten (Butab), des Deutschen Werkmeister-Verbandes und des Zentralverbandes der Angestellten (ZdA) zusammenwirken. Der Vertreter des „Butab", Genosse Lustig, sprach in seiner Begrüßung das Wort: „Zirkel und Hammer, Feile und Schreibfeder, diese Werkzeuge werden schwerlich in einem Werkzeugkasten zu finden sein. Ebensowenig werden die Arbeiter, die diese Werkzeuge führen, in einem Verband erfolgreich zusammenwirken können. Aber sie können in gemeinsamer Handlung zusammenwirken, um der großen, gerechten Arbeitersache zum Siege zu verhelfen." In diesem Geist wirkte auch die Tagung.

•

Kollege Brandes ging in seiner Begrüßung auf die gegenwärtige politische und wirtschaftliche Lage, wie sie nach der Vierten Notverordnung eingetreten ist, ein. Sodann sprach Dr. Ernst Fraenkel (Berlin) über:

Die Bedeutung der Aktienrechtsreform für die Betriebsräte

Während vor nicht allzu langer Zeit nur über die Frage der Reform des Aktienrechtes gesprochen wurde, besteht heute, nach den Erfahrungen, die sich an die Namen „Favag", „Nordwolle", „Schultheiß-Patzenhofer" und andere knüpfen, kein Zweifel mehr über die Notwendigkeit einer Reform. Die Rechte, die das Betriebsräte-Gesetz den Betriebsräten in den Aufsichtsräten gibt, müssen zum Versagen führen; die Ursachen dafür gehen zurück auf gewisse grundlegende Konstruktionsfehler im Aufbau des Betriebsrätegesetzes. Das voraussichtliche Tempo der Entwickelung zur Gemeinwirtschaft hat man überschätzt und den Gang der Konzentration des Kapitals unterschätzt. Die Betriebsräte sollen die Betriebsbelange wahren und werden darum an der Aufsicht der Gesellschaft beteiligt. So entstand eine Spannung zwischen der rechtlichen und sozialen Wirklichkeit, die die Tragik der Betriebsräteidee geworden ist.

Die Notverordnung bringt nicht die Aktien-Rechtsreform, die wir brauchen. Es ist Flickwerk und höchstens eine Abschlagszahlung auf das, was wir fordern müssen. Diese Reform ist keinesfalls sozialistisch. Sie führt auch nicht zum Untergang der Aktiengesellschaften, wie es die Unternehmer so gern darstellen. Die Unternehmer betonen den Arbeitern gegenüber die Verflechtung des Betriebes mit der Volkswirtschaft, lehnen aber im sonstigen diese Einordnung ab. Das Aktienrecht muß das Kapital volkswirtschaftlich verwalten, zugleich stellt es auch die Erhaltung und Beschaffung von Arbeitsplätzen dar. Die Öffentlichkeit hat einen Anspruch darauf, zu wissen, wie bei den großen Unternehmungen gewirtschaftet wird. Das Kapital des einzelnen verliert seine Bedeutung gegenüber der volkswirtschaftlichen Wichtigkeit des Unternehmens.

Der Betriebsrat im Aufsichtsrat ist das öffentliche Gewissen der Unternehmungen.

Die Unternehmer sehen in dem Betrieb die Profitquetsche. Nur die Aktien-Rechtsreform kann unseren Beifall finden, die die volkswirtschaftliche Bedeutung der Betriebe und ihrer Belegschaft zur Geltung kommen läßt.

Bei der Aktien-Rechtsreform interessiert uns das Problem der Herrschaftsaktien. Das Aktienrecht ist heute verfälscht durch Vorzugs-, Depot- und Sammelaktien. Man spricht fälschlicherweise von Aktien-Demokratie. Dieses Wort stellt die Sache schief dar. Ein demokratisches Aktienrecht wäre die Genossenschaft. Das bestehende Aktienrecht geht nicht nach Köpfen, sondern nach Kapitalien. Auch die vielfach gepriesenen Kleinaktien sind keine Demokratie. Das Schlagwort „Nationale Belange" wird als Begründung für die Herrschaftsaktien angeführt. Man sagt „national" und meint „Profit". Angeblich wollen die Unternehmer das Eindringen von Sonderinteressenten in die Aktiengesellschaften verhindern. Es gibt aber auch Sonderinteressen der Verwaltungen. Wir lehnen die Herrschaftsaktien ab. Auch hervorragende bürgerliche Wissenschaftler gehen mit uns in der Ablehnung der Mehrstimmen- und Vorrechtsaktien einig. Der Aktienrechtsentwurf will die Beseitigung der Vorrechts- und Sonderaktien einem Beschluß des Aufsichtsrats anheimgeben. Das ist von uns abzulehnen.

Das Kontrollproblem erfordert unsere Beachtung. Im alten Recht kontrolliert der Aufsichtsrat den Vorstand und die Generalversammlung den Aufsichtsrat. Neben dem Aufsichtsrat stehen die Bilanzprüfungen. Wir verlangen eine Verschärfung des Kontrollrechtes: der Bilanzprüfer hat über Vorstand und Aufsichtsrat zu stehen. Das Einberufungsrecht muß klarer gestaltet werden. Wenn auch heute den Aufsichtsräten aus Betriebsarbeiter- und Angestelltenkreisen ein Einberufungsrecht eingeräumt ist, so bestehen doch so viele Erschwernisse, daß das Recht praktisch wieder aufgehoben wird. Der Reform-Entwurf bringt Vorschriften über die Berichterstattungspflicht (Publizität). Der Vorstand hat die Pflicht, mündlich oder schriftlich die gewünschten Auskünfte zu erteilen. Nach dem neuen Entwurf muß dem einzelnen Aufsichtsratsmitglied Bericht erstattet werden, wenn der Antragsteller von einem weiteren Aufsichtsratsmitglied unterstützt wird. Bei Aufsichtsräten über 20 Mitglieder müssen zwei Aufsichtsräte den Antragsteller unterstützen. Damit ist praktisch der Berichterstattungsanspruch der zwei Betriebsratsaufsichtsräte wieder zerschlagen. Verlangt muß auch eine Erweiterung des Publizitätsrechtes werden. Der Betriebsratsaufsichtsrat muß den Gesamtbetriebsrat unterrichten.

Eine Zeit liegt vor uns, die den Betriebsräten im Aufsichtsrat eine höhere Bedeutung gibt. Das neue Aktienrecht im Interesse der Arbeiterschaft zu benutzen, muß unsere Aufgabe sein!

Dem Vortrag folgte eine rege Aussprache.

Sponsel (Nürnberg): Die Schweigepflicht hindert eine gesunde Kontrolle. In dieser Frage bringt die Arbeitsrechtreform keine Besserung. Dem Betriebsrat muß ein Vorzugsrecht eingeräumt werden, und er muß auch in den Sonderausschüssen vertreten sein. Die öffentliche Kontrolle der Betriebe wird durch die gesetzlichen Vorschriften unmöglich gemacht.

Lübbe (Berlin), Siemens-Konzern, berichtete aus den praktischen Erfahrungen, die er in zehn Jahren im Aufsichtsrat gesammelt hat. Die Unternehmer setzen alles daran, den Betriebsräten einen Einblick in das Geschäftsgebahren zu verwehren. Wenn der Betriebsrat nicht selbst versucht, etwas zu erfahren, kann er seine Aufgabe nicht lösen. Von einem Versagen der Betriebsräte in den Aufsichtsräten kann bei Würdigung der vorhandenen Schwierigkeiten nicht gesprochen werden. Das neue Gesetz kann für unsere Arbeit im Betrieb ein Vorteil sein. Die Fußangeln des alten Gesetzes (Schweigepflicht) bleiben leider bestehen. Es muß den Betriebsräten mehr einschlägiges Material zur Verfügung gestellt und die Schulung keinesfalls vernachlässigt werden.

Frensch (Duisburg): Das Versagen der Betriebsräte — sofern davon überhaupt gesprochen werden kann — kann nur in der Person liegen. Nicht alle Kollegen können sich durchsetzen. Trotz mancher Fehlschläge ist es doch vorwärts gegangen.

Frühling (Butab) spricht über das Zusammenarbeiten der Arbeiter- und Angestelltenräte. Die Betriebsräte müssen auf genügende Unterrichtung drücken. Sie müssen die gesetzlichen Möglichkeiten vollauf ausschöpfen. Die Schweigepflicht ist zu achten, aber auch von dem Recht der Berichterstattung ist Gebrauch zu machen.

Dieckmann (Dortmund): Die Betriebsräte im Aufsichtsrat stehen auf einsamen Posten, ohne eine Anerkennung zu finden. Unsere eigentlich negative Tätigkeit hat durch die Notverordnungen einen gewissen Nachdruck bekommen. Uns genügt der dekorative Posten im Aufsichtsrat nicht mehr. Die Entscheidungen fallen in den Vorständen; wo die technischen und wirtschaftlichen Führer sitzen, können wir weit fruchtbarer für die Belegschaft wirken.

Mühlmann (Butab): Die Gewerkschafter sollen für eine Verlängerung der Wahlperiode in den Aufsichtsräten eintreten, damit die Betriebsräte sich auch wirklich einarbeiten können. Der Wechsel schadet der Belegschaft am meisten.

Schliestedt (Berlin): Unsere Aufgabe ist es, die Erfahrungen der Betriebsräte unserer Bewegung nutzbar zu machen. Dazu reicht die Aktienrechtsreform noch nicht aus. Unsere Arbeit beginnt erst. Die Arbeiter müssen auch die Gewerkschaften stark machen, damit unsere Forderungen durchgesetzt werden können.

Bauer (Augsburg): Die Frage der Publizität müßte einmal durch Ausfechtung eines arbeitsgerichtlichen Streites geklärt werden. Mit der Schweigepflicht wird eine Täuschung der Öffentlichkeit versucht. Wir müssen prüfen, mit welchen Mitteln wir diese Versuche hinfällig machen können. Die Presse müßte als Regulator eingeschaltet werden.

Im Schlußwort klärte Dr. Fraenkel verschiedene strittige Fragen. Der § 70 des Betriebsrätegesetzes ist ein Versager, nicht die Betriebsratsmitglieder im Aufsichtsrat. Das abfällige Urteil kommt daher, daß sich die Arbeiter mehr davon versprochen haben. Es ist heute ein Muß, daß der Aufsichtsratsvorsitzende dem Betriebsratsaufsichtsrat Auskunft erteilt. Das Unternehmen ist ein volkswirtschaftliches Gut, das zu hüten die Aufgabe des Betriebsrates im Aufsichtsrate ist. Die gepriesene freie Wirtschaft hat unter den heutigen Verhältnissen der Volkswirtschaft das Rückgrat gebrochen. Das Aufsichtsratsrecht ist ein Mittel, diese verderbliche angebliche Freiheit zu brechen. Die seitherigen Erfolge befriedigen uns nicht, aber diese Unzufriedenheit gibt uns die Kraft, dem großen Ziele zuzustreben. Bei der Aktienrechtsreform müssen wir mitarbeiten.

Die Rationalisierung in der Metallindustrie, sozial- und wirtschaftspolitische Schlußfolgerungen

Dieser Tagesordnungspunkt war in zwei Vorträge unterteilt. Kollege A. Dünnebacke (Berlin) sprach über:

Die technische Entwicklung, ihre soziale Auswirkung und sozialpolitischen Schlüsse.

Er führte aus:

Der Begriff der Sozialpolitik, wie er von den Gewerkschaften vertreten wird, zielt dahin, die in der kapitalistischen Wirtschaft erlangte juristische Freiheit des Arbeitnehmers zu einer wirtschaftlichen und sozialen Freiheit zu erweitern. Man hat diese Bestrebungen mit dem Wort „Reformismus" kennzeichnen wollen und will damit einen Gegensatz zur sozialistischen Bewegung konstruieren. Zweifellos stellen die sozialpolitischen Reformen Sicherheitsventile dar, um den gesellschaftlichen Bau vor schweren Erschütterungen zu schützen, aber sie gestalten ihn gleichzeitig von Grund auf um, indem sie einen immer größeren Teil des volkswirtschaftlichen Kapitals an materiellen und lebendigen Gütern der Verfügungsgewalt des Privatbesitzes entziehen und in die Hand der Allgemeinheit überführen. Ohne die Sozialpolitik hätte sich vielleicht das Schicksal des Kapitalismus rascher erfüllt, ohne die Sozialpolitik hätte aber auch die Arbeiterklasse in Deutschland nicht jenen Grad geistiger und wirtschaftlicher Unabhängigkeit erreicht, der eine wichtige Voraussetzung der zukünftigen Gesellschaftsordnung ist.

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß das Tempo der Rationalisierung in hohem Maße zur Steigerung der Arbeitslosigkeit beigetragen hat. Es war die allereinfachste kaufmännische Erwägung außer acht gelassen, daß jede Mehrproduktion einen aufnahmefähigen Markt voraussetzt.

Die Arbeitslosigkeit, die als Folge des technischen Fortschrittes aufgetreten ist, muß mit 1,2 bis 1,3 Millionen beziffert werden. In der Metallindustrie übersteigt die Zahl dieser Dauerarbeitslosen wahrscheinlich den Gesamtdurchschnitt. Diese Frage droht zu einer Schicksalsfrage für die gesamte deutsche Sozialpolitik zu werden; wenn es nicht gelingt, sie zu lösen, wird der Glaube der Arbeiterschaft an die Sozialpolitik auf absehbare Zeit zerstört. Das bedeutet gerade für die Aufgaben der Gewerkschaftsbewegung, deren Arbeit zu einem erheblichen Teil sozialpolitischer Natur ist, eine außerordentliche Erschwerung, es bedeutet aber auch neue Aufgaben, neue Ziele, neue Kämpfe. An der Arbeitslosenversicherung hat sich die Schicksalhaftigkeit der Dauerarbeitslosigkeit schon gezeigt; sie ist durch sie zerstört worden. Wir haben heute nur noch eine Arbeitslosenfürsorge. Es gibt nur eine Möglichkeit, aus dieser Krise der Sozialpolitik herauszukommen, die der

radikalen und dauernden Arbeitszeitverkürzung.

Was die Frage der gewerkschaftlichen Lohnpolitik betrifft, so ergeben sich aus den Erfahrungen der Rationalisierung keine grundsätzlichen Änderungen. Die Lohnpolitik der Gewerkschaften bildet die einzig mögliche Korrektur der privatwirtschaftlichen Rationalisierung im volkswirtschaftlichen Sinne. Nur durch Markterweiterung, also Konsumsteigerung, können wir aus der Krise, soweit sie eine Folge der Rationalisierung ist, herauskommen.

Auch für die soziale Betriebspolitik ergeben sich aus der Rationalisierung neue Gesichtspunkte. Die Unfallverhütung und Gewerbehygiene sieht sich vor ganz neue Aufgaben medizinischer, technischer und psychotechnischer Natur gestellt. Die Rationalisierung greift aber auch ein in die Struktur des gesamten Sicherheitsdienstes, wie er bisher von amtlichen und halbamtlichen Stellen versehen wurde. Die neuen Arbeitsmethoden verlangen eine so intensive Überwachung, daß mit den bisherigen Mitteln der Besichtigung vom grünen Tisch, mit gelegentlichen Betriebsbesichtigungen, nicht mehr auszukommen ist. Die staatliche Aufsicht muß ergänzt werden durch eine dauernde intensive Beobachtung aller Betriebsvorgänge vom Standpunkt der Unfallverhütung. Es ist notwendig, die Betriebsräte in diese Sicherheitseinrichtungen einzuschalten. Der Vortragende kommt zu folgender Zusammenfassung:

Die Rolle der Sozialpolitik besteht gegenwärtig darin, hinter dem Wagen des Kapitalismus herzulaufen und die überfahrenen, zertretenen und beiseite geschleuderten Opfer aufzusammeln und den Schaden nach Möglichkeit zu heilen. Diese Aufgabe allein entspricht noch nicht dem tiefsten Sinn der Sozialpolitik, der darin besteht, dem Menschen in der Wirtschaft wieder zu seinem Rechte zu verhelfen.

Die Aufgabe der Gewerkschaften ist die, die Sozialpolitik über die reine Schutzorganisation der kapitalistischen Wirtschaft heraus zu einer Gegenbewegung des lebendigen Menschen gegen die materialistische, kapitalistische Orgnung zu erweitern. Hierbei dürfen wir uns nicht von sogenannten „wirtschaftlichen Grenzen der Sozialpolitik" beirren lassen. Wenn die Sorge für den Menschen mit der wirtschaftlichen Ordnung in Widerspruch gerät, dann ist nicht die Sorge für den Menschen, sondern die Wirtschaftsordnung schuld.

Kollege O. Voß (Berlin) sprach über:

Konzentration, Rationalisierung und Planwirtschaft.

Die Rationalisierung ist einseitig als technische und betriebsorganisatorische Angelegenheit betrachtet worden. Der Fehler, unter dem die gesamte Wirtschaft jetzt leidet, besteht nicht darin, daß rationalisiert worden ist, sondern wie die Rationalisierung betrieben wurde.

Die von Kartellen und Konzernen durchsetzte kapitalistische Wirtschaft hat den Erfolg der Technisierung und der verbesserten Betriebsorganisation durch ungeheure Fehlleitungen von Kapital vereitelt.

Durch hohe Preise haben die Kartelle einen übermäßigen Ausbau der Kapitalanlagen veranlaßt. Das Kupferkartell zum Beispiel erhöhte den Preis von 1,20 M auf über 2 M je kg und forderte damit den Bau überflüssiger Produktionsstätten heraus. Bei der Unvollkommenheit der internationalen Kartelle war ein rücksichtsloser Konkurrenzkampf die Folge. Nach einigen Jahren unsinniger Kartellpolitik und Kapitalfehlleitung zeigt sich die Wirkungslosigkeit der meisten internationalen Kartelle und ein nie dagewesener Preissturz am Weltmarkt. Die Politik der Kartelle in Deutschland ist noch gefährlicher, weil sie nicht nur während der Hochkonjunktur Kapitalfehlleitungen veranlaßten, sondern auch die Ausscheidung der Kosten für das fehlgeleitete Kapital verhindern. Obgleich die überhöhte Leistungsfähigkeit durch Betriebsstillegungen und Verschrottung der Anlagen abgebaut wird, bleiben die Kosten bestehen, weil die Kartelle die Betriebe gegen Entschädigungen aufkauften.

Bei der Konzernbildung sind die Fehlleitungen ebenfalls groß. Ersparungen, die durch eine bessere Betriebsorganisation in den Konzernen gemacht werden können, werden durch Dividendengarantien, überhöhte Bezahlungen für Aktien der angegliederten Unternehmungen und Entschädigungen in den verschiedensten Formen wieder aufgezehrt. In der Eisen- und Metallindustrie wurden Dividendengarantien in der Höhe von 5 bis 14 vH auf eine Dauer bis zu 30 Jahren vereinbart. Die Schwerindustrie zahlte bei den Aufkäufen um die Jahreswende 1929/30 70 Millionen Mark, das ist nach dem gegenwärtigen Stand der Beschäftigung etwa ein Drittel der jährlichen Lohnsummen der deutschen Hüttenwerke.

Die Kosten müssen in der Krise von einer stark gesunkenen Produktion getragen werden. Die Belastung je Produktionseinheit ist um so höher, weil die fixen Kosten durch die Rationalisierung erheblich gestiegen sind. Stellt die Maschinisierung, die an die Stelle der veränderlichen Lohnkosten unveränderliche Kapitalkosten setzt, sich bei dem Rückschlag der Konjunktur schon als Fehlrationalisierung für die einzelnen Unternehmungen heraus, so ist sie es noch mehr für die Volkswirtschaft. Wie Otto Bauer in seinem neuen Werk zeigt, muß jede Rationalisierung in der kapitalistischen Wirtschaft zu einer Fehlrationalisierung führen.

Die Einsparungen der Unternehmer bei der Ablösung der menschlichen Arbeitskraft durch Maschinen sind bei der übertriebenen Rationalisierung geringer als die Unterstützungen, die für die ausgeschiedenen Arbeiter aufzubringen sind, so daß die Gesamtkosten der Volkswirtschaft steigen.

Darum gibt es einen endgültigen Ausweg aus der Krise nur durch eine Änderung des Wirtschaftssystems und den Übergang zur Planwirtschaft. In Frontstellung gegen die Kartelle und Konzerne, die verschärft auf die Löhne drücken und jede Preissenkung von einem entsprechenden Lohnabbau abhängig machen wollen, müssen die Gewerkschaften ihre bisherige Lohn- und Sozialpolitik fortsetzen und auf eine Bereinigung der Wirtschaft von unproduktiven Kapitalkosten drängen. Da dieser Politik durch die Fehlrationalisierung des jetzigen Systems Grenzen gesetzt sind, setzen die Gewerkschaften ihren Kampf mit aller Kraft für die Beseitigung der Unternehmerwillkür in den Kartellen und Konzernen und für eine planmäßige Gestaltung der Wirtschaft ein.

Frauenarbeit und Rationalisierung in der Metallindustrie

Diese wichtige Frage, deren Betreuung den Betriebsräten zufällt, wurde von Genossin Dr. J. Grünfeld besprochen:

Die Arbeiterinnen leiden nicht nur unter dem Druck der Massenarbeitslosigkeit und des Lohnabbaus, sondern stehen noch unter dem Fluch der kapitalistischen Überausbeutung, die dem weiblichen Geschlecht zugedacht ist. Wirtschaftliche Not treibt die Frauen in die Fabriken. In den Fällen, wo die Unternehmer ihnen die Ausführung männlicher Arbeiten übertragen, werden die Löhne automatisch herabgedrückt, nur weil

sie von Frauen gemacht werden. Die Durchsetzung der alten gewerkschaftlichen Forderung: „Gleicher Lohn für gleiche Leistung", wird auch dadurch erschwert, daß die Rationalisierung und Spezialisierung eine Arbeitsteilung der Geschlechter bewirkt, wonach gleiche Arbeiten für Mann und Frau immer seltener werden. Durch Auslese werden Frauen zu Arbeitsverrichtungen herangezogen, für die sie sich besonders eignen und bei denen sie, wie die Unternehmer vor dem Enqueteausschuß zugegeben haben, bessere Leistungen hervorbringen; trotzdem werden auch für diese höheren Frauenleistungen niedrigere Frauenlöhne gezahlt. Der Enqueteausschuß hat auch festgestellt, daß die Unternehmer zielbewußt das Tempo der Technisierung gefördert haben, daß sie dabei Männerarbeit in Frauenarbeit verwandelt haben, um durch die übliche Minderbezahlung der weiblichen Arbeiter an Löhnen zu sparen.

Die Zunahme der Frauenarbeit war im Zuge der Rationalisierung in allen Industriezweigen während des Wirtschaftsaufschwunges verhältnismäßig größer als die Zunahme der Männerarbeit. Errechnet man die Zunahme der weiblichen Arbeiter von den Krisenjahren 1926 bis 1929 auf Grund der Betriebszählungen der Gewerbeaufsicht, so zeigt sich, daß die verhältnismäßige Zunahme der Frauenarbeit gerade in der Metallindustrie am stärksten war, denn sie betrug in dem genannten Zeitabschnitt 35 vH bei den Metallarbeiterinnen. Während die Zahl der männlichen Arbeiter über 16 Jahre in Betrieben mit 50 und mehr Arbeitnehmern in der elektrotechnischen Industrie, Feinmechanik und Optik von 1926 bis 1929 um 24 vH zugenommen hat, betrug die Zunahme der Metallarbeiterinnen über 16 Jahre gleichzeitig 51 vH (nach Belegschaftszählungen der Gewerbeaufsicht). Auch in den übrigen Zweigen der Metallindustrie, in denen Frauenarbeit in Betracht kommt, war die relative Zunahme der weiblichen Arbeiter während des Aufschwunges erheblich größer als diejenige der männlichen Arbeiter. Sofern die Zunahme der Frauenarbeit durch die Arbeitszerlegung bewirkt wird, ist sie als unvermeidliche Begleiterscheinung der technischen Entwicklung anzusehen. Wenn die Arbeiterinnen für gleiche oder gleichwertige Leistungen nur die Hälfte oder zwei Drittel der Männerlöhne erhalten, so bedeutet es für sie einen viel stärkeren, besonders gesundheitsschädlichen Kräfteverbrauch, während für die Männer die gesteigerte Gefahr des Verlustes der Arbeitsplätze entsteht. Auf diese Weise entfacht die kapitalistische Rationalisierung den Konkurrenzkampf der Geschlechter um Arbeitsplätze. Dem gegenüber sind die Gewerkschaften bestrebt, ihre Mitglieder beiderlei Geschlechts im Bewußtsein ihrer Schicksalsgemeinschaft zum Kampf für bessere Löhne und für die Angleichung der Frauenlöhne an die Männerlöhne auch bei ausgesprochener Frauenarbeit zu rüsten. Ebenso wie die weiblichen Ingenieure und Chemikerinnen in den Betrieben ihren männlichen Kollegen in den Gehältern gleichgestellt sind, müssen auch die Arbeiterinnen mit Hilfe der männlichen Kollegen die wirtschaftliche Gleichstellung erkämpfen. Die Leistungen der Arbeiterinnen sind volkswirtschaftlich von großer Bedeutung, und durch häusliche und gewerkschaftliche Erziehung muß das berufliche Selbstbewußtsein, die Wertschätzung der eigenen Arbeitsleistung bei den Arbeiterinnen gestärkt werden. Zu dieser gewerkschaftlichen Erziehungsarbeit sind die Betriebsräte besonders berufen, da sie aus unmittelbarer Erfahrung die Frauenarbeit kennen.

An der Aussprache beteiligten sich die Kollegen Rothen (Bielefeld), Graf (Dürrenberg), Urich (Berlin), Esser (Oberhausen), Klose (Breslau), Schliestedt (Berlin), Frühling (Butab), Kistler (Frankfurt), Gliese (Fürstenwalde), Beisenbruch (Oberhausen), Frensch (Duisburg), Hornei (Braunschweig) und Ehlert (Bochum). Die Aussprache war sehr erfolgreich.

Kollege Brandes besprach dann einige wichtige Verbandsfragen. Wir sollen bei der Beschaffung von Krediten für Russenaufträge mitwirken. Das haben wir bisher stets getan. Es ist unbestreitbar, daß die Russen schlimmste Preisdrückerei betreiben und es uns dadurch sehr schwer gemacht wird, weiter für die Sache erfolgreich einzutreten. Deutschland wird durch Qualitätsarbeit seinen Weltmarkt behaupten. Bei Einführung des Krümpersystems müssen wir vorsichtig sein. Nur die Verkürzung der Arbeitszeit kann dauernd krisenmildernd wirken. Das Geschrei: „Die Gewerkschaften haben versagt", ist verlogen. Wir haben unser Ziel nicht verlassen. Die Angriffe unserer Gegner sind gewissenloser geworden und dadurch ist unsere Abwehr schwieriger. Kollege Brandes legt die Gründe dar, die für die fernere Tolerierung der Regierung Brüning maßgebend sind. Wir würden verbrecherisch handeln, wenn wir die Machtmittel des Staates dem Faschismus auslieferten. Selbst Lenin empfahl Kompromisse, wenn es die wirtschaftliche und politische Lage erfordere. Man sollte uns, die wir von diesen Notwendigkeiten Gebrauch machen müssen, nicht verleumden. Die Eiserne Front der Abwehr muß von uns mit allen Kräften gestützt werden. Im Angesichte unserer Gegner muß in unserem Kampfesbund Disziplin und freiwillige Unterordnung unter selbstgegebene Gesetze herrschen.

Die Betriebsrätebewegung 1931

Darüber sprach Kollege E. Bührig, Berlin. Der Tagung lag ein schriftlicher Bericht vor, der umfangreiches Material über die praktische Betriebsratstätigkeit enthält. Im Berichtsjahr sei unseren Funktionären und Betriebsräten die Abwehr der zahlreichen Feinde durchaus gelungen. Die Wahlen zu den Betriebsvertretungen wurden in schweren Kämpfen ausgetragen. Die Krise, Lohnabbau, Akkordherabsetzungen, Betriebsstillegungen, Kurzarbeit usw. zeigen die Schwierigkeiten, mit denen zu kämpfen war. Das harmonische Zusammenarbeiten der Betriebsräte mit der Gewerkschaft, wie es in unseren Verbandssatzungen verankert ist, war erfolgreich.

Die Betriebsrätewahlen waren für die freien Gewerkschaften ein voller Erfolg. Besonders ist unsere Stellung in der Metallindustrie unerschüttert. Eine von unserem Verband vorgenommene Erhebung über die Wahlen, die rund 10 000 Betriebe mit 1½ Millionen Beschäftigten umfaßte, ergab, daß von den gewählten Arbeitervertretern 82,36 vH auf die freien Gewerkschaften entfielen; 7,32 vH entfielen auf die Christen, 1,62 vH auf die Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften. In den Rest von 8,7 vH teilen sich sechs andere Gruppen, und zwar die RGO, Unionisten und Syndikalisten, Nazis, Stahlhelmer, Gelbe und Unorganisierte. In der praktischen Vertretung der Arbeiterinteressen versagen die radikalen Parteipolitiker und der Freigewerkschafter genießt das Vertrauen.

Die Betriebsratswahlen für das Jahr 1932 sind durch die vierte Notverordnung ausgesetzt worden. Demagogisch wird behauptet, daß diese Wahlverschiebung ein Liebesdienst für die freien Gewerkschaften sei; besonders die Christlichen gehen in letzter Zeit mit dieser Behauptung krebsen. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß die Amtszeit eines Betriebsrates auf zwei Jahre verlängert werden muß, damit ihm Gelegenheit gegeben ist, sich tiefer in die Betriebsangelegenheiten einzuarbeiten. Für die Notverordnung sind wir nicht verantwortlich.

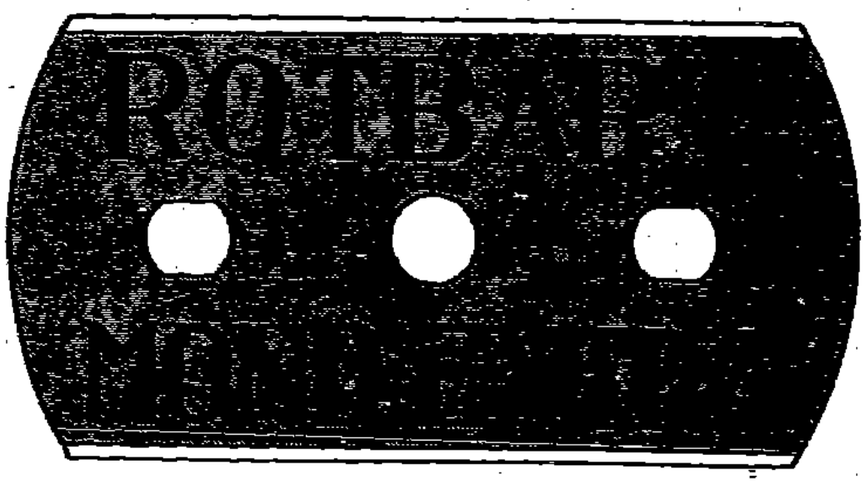
Redner bespricht dann die neuen Richtlinien, die vom Verbandsvorstand und Beirat zur Zusammenfassung der Betriebsräte in unserem Verband beschlossen worden sind. Dieser Umbau hat sich als zweckmäßig erwiesen. Die Krise hat die Arbeit der Betriebsräte bedeutend erschwert. Die Notverordnung hat weitere Umwälzungen gebracht, die sich im Jahre 1932 auswirken werden. Die sozialpolitischen Gesetze büßen von ihrer Bedeutung viel dadurch ein, daß die Ausführungsbestimmungen in der Regel äußerst mangelhaft sind. Eine neue Lage ist auch dadurch gegeben, daß durch die Notverordnung Eingriffe in die Gesetze, Verträge und die Wirtschaft vorgenommen worden sind. Leider haben wir uns früher zu wenig wirtschaftspolitisch betätigt, das muß jetzt nachgeholt werden. Es ist eine Tatsache, daß oftmals die bestehenden Gesetze und Verordnungen nicht genügend ausgenutzt werden, weil unseren Kollegen die notwendigen Kenntnisse fehlen. Die Betriebsräte haben mit den Gewerkschaften praktische wirtschaftspolitische und sozialpolitische Aufgaben zu erfüllen. Das Betriebsrätegesetz ist sehr verbesserungsbedürftig. An die Durchsetzung von Reformen kann aber jetzt nicht gedacht werden, da die erforderlichen Verbesserungen nur unter uns günstigeren Machtverhältnissen erfolgversprechend durchzuführen sind.

Dem Vortrage folgte eine Aussprache, an der sich die Kollegen Esser-Oberhausen, Kneitinger-Nürnberg, Dieckmann-Dortmund beteiligten.

Nach einem ermunternden Schlußwort des Kollegen Brandes wurde die eindrucksvolle Kundgebung mit einem Hoch auf den Deutschen Metallarbeiter-Verband und die deutsche Arbeiterbewegung geschlossen.

Rein deutsches Erzeugnis
Kleine Tube 50 Pfg
BiOX-ULTRA-ZAHNPASTA
ist die richtige, denn BIOX-Ultra ist die Zahnpasta der Zahnärzte, sie macht die Zähne blendend weiß und beseitigt Mundgeruch.
Kauft nur bei den Inserenten unseres Blattes!

Ab 1. Januar 1932
Großer Preisabbau
unserer Rasierklingen



bei unveränderter Qualität:

ROTBART LILA	früher 15 Pf.	jetzt 12 Pf.
MOND-EXTRA GRÜN	„ 15 „	„ 12 „
MOND-EXTRA GOLD	„ 25 „	„ 20 „
ROTBART SONDERKLASSE	„ 35 „	„ 30 „
ROTBART LUXUOSA	„ 50 „	„ 40 „

ROTBART MOND-EXTRA
Roth-Büchner G.m.b.H. Berlin-Tempelhof

Schriftenschau

Denn sie wissen, was sie tun. Ein deutscher Justizroman von Ernst Oftwald. Kart. 2,85 M, in Leinen gebunden 4,80 M. Malik-Verlag, Berlin W 50, Passauer Straße 3. — Der Ausgang des Krieges reißt den jungen Offizier Friedrich Wilhelm Dickmann aus seiner Laufbahn. Er tritt in die Fußstapfen seines Vaters, er studiert Jura, er wird deutscher Richter. Die Verhandlungssäle des Berliner Kriminalgerichts sind ihm vertraut, in Anwaltszimmern fühlt er sich heimisch, er lernt schließlich auch den obersten deutschen Gerichtshof, das Reichsgericht in Leipzig, kennen. Dickmann hat Spaß an seiner Arbeit. „Strafrecht und Prozeßordnung. Ihm ist alles ganz klar. Haftbefehl und Voruntersuchung, Hauptverhandlung." Und „wie ein Gottesdienst soll jedes Urteil sein". Dickmann kommt dabei in keine Konflikte mit seinem Gewissen. Es ist vollkommen in Ordnung, daß der 68jährige Kleinbauer verurteilt wird, wenn er auch noch so sehr seine Unschuld beteuert. Der Kantor war im Recht, „ein preußischer Beamter lügt nicht". Und daß der alte Mann sich erhängt, interessiert Dickmann weiter nicht. Das Gesetz wird erstickt, verkümmert, „von Verordnungen und Formularen beiseite geschoben". Die Wahrnehmungen und Einwände des Gefühls und des gesunden Menschenverstandes sind nur blaß und undeutlich. Man hat keine Zeit, darauf zu achten. „Die Maschinerie ist zu gut geölt. Sie steht so sehr im Vordergrund, daß man die Gerechtigkeit nicht sieht ..." Das Buch öffnet uns die Augen, es ist spannend und geistreich geschrieben. „Sämtliche Rechtsfälle, Gerichtsverhandlungen, Urteile und Ereignisse, die hier beleuchtet werden, sind als Tatsachen aus den Jahren 1920 bis 1931 belegbar." Rüco.

Deutscher Werkmeister-Kalender 1932. Der Verlag A. Ziemsen, Wittenberg, Bezirk Halle, bringt diesen Kalender in zehnfacher Ausfertigung heraus. Es sind nicht nur Kalender, sondern Handbücher aus dem Betrieb, die für den Praktiker bestimmt sind und einen Umfang von 300 bis 400 Seiten haben. Die Kalender sind mit Hunderten von Abbildungen versehen. Jeder Band kostet, in Ganzleinen gebunden, 3,50 M. Die Bücher sind von Ober-Ing. C. E. Berck zusammengestellt. Bd. 1 Dreherei; Bd. 2 Fräserei; Bd. 3 Maschinenschlosserei; Bd. 4 Härterei; Bd. 5 Betriebsberechnungen; Bd. 6 Schneidwerkzeuge und Vorrichtungsbau; Bd. 7 Modelltischlerei; Bd. 8 Handbuch für den Werkstättenbetrieb; Bd. 9 Brennschneiden und Schmelzschweißen; Bd. 10 Meßwerkzeuge. Die Bedeutung dieser Bücher für den Praktiker sind erwiesen. Wer selbständig arbeiten muß, ist oftmals auf solchen Ratgeber aus der Praxis angewiesen. Das handliche Format und der gute Einband machen den Kalender für den Werkstattgebrauch geeignet. Alle Arbeitsvorgänge der einschlägigen Gebiete sind erschöpfend dargestellt. Ein übersichtlich geordnetes Kalendarium auf schreibfähigem Papier ist beigegeben.

Sämtliche hier besprochenen Bücher können durch die Verlagsgesellschaft des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes GmbH, Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 148-155, bezogen werden.

Kollegen! Bestellt die Betriebsräte-Zeitschrift!

Elektromeister- und Radioferanschule
Prospekt 8 frei. Berlin-Wilmersdorf. Wilhelmsaue 5d

Von Arterienverkalkung und Harnsäurekrankheiten (Gicht, Rheuma, Ischias) wird man am raschesten durch die alten Naturmittel: Birkensaft und Ebereschensaft befreit. Beide Säfte lösen Kalk- und Harnsäureablagerungen auf, wirken blutreinigend, entsäuernd und ausscheidend. Flasche nur je 1.60 M, Kursendung mit 10 Flaschen 15.— M franko.
Herbaria-Kräuterparadies, Philippsburg A. 304 (Baden)
Bei Arterienverkalkung mit hohem Blutdruck ist auch Knoblauchsaft u. Schafgarbensaft zu empfehlen. Flasche ebenfalls je 1.60 M, 10 Fl. 15.— M franko.
Alle naturreinen Pflanzensäfte lieferbar — Broschüre gratis.

Betten 1½ schläfrig, echt rot, federdicht. Preisliste gratis. Umtausch oder Geld zurück. Viele Dankschreiben. Nachnahme-Versand Bettenfabrik H. Möller Kassel Nr. 47 Wörthstr. 7

Zigarre
Ausbest. Ueberseetabak 9 cm gr. 100 St. nur M. 5.- Rauchfabrike v. M. 1.20 p. Pfd. an geg. Nachn. Gr. Perisl. grat. Zigarrenfab. Gebr. Wackenna, Bonn B

zur Vorbereitung zum Techniker, Ingenieur und Werkmeister, neben dem Beruf, sind die Selbstunterrichtsbriefe des Systems Karnack.
Brieflicher Fernunterricht
mit Abschlußprüfung vor einer Kommission.
Ferner Nachholung versäumter Schulprüfungen (Obersekundareife, Abitur) und Aneignung kaufmänn., fremdsprachl. und musikal. Kenntnisse durch die Selbstunterrichtsbriefe der Methode Rustin. Bequeme Monatszahlungen. Prospekt kostenlos. Lehrproben zur Ansicht.
Rustinsches Lehrinstitut, Potsdam-Td. 25

Anzeigenverwaltung: „Werba", G.m.b.H., Berlin SW 11, Stresemannstraße 48 — Postscheckkonto Berlin 35516 Druckschrift: „Werba-Blätter", Berlin — Verantwortlich für den Anzeigenteil: Paul Lange, Berlin SW 11
Druck und Verlag: Verlagsgesellschaft des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes G.m.b.H., Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 148